

**Freie  
Demokraten**

Rheinland-Pfalz **FDP**

# **Programm zur Kommunalwahl 2019**

Beraten und verabschiedet auf dem  
außerordentlichen Landesparteitag am  
27. Oktober 2018 in Ransbach-Baumbach

# INHALTSVERZEICHNIS

<b>Einleitung</b> .....	<b>6</b>
<b>Weltbeste Bildung für jeden</b> .....	<b>9</b>
Von Rheinland-Pfalz aus die Welt entdecken .....	9
Die FDP will die Schulen zukunftsfähig machen.....	10
Digitalisierung an Schulen .....	10
Schulbuchausleihe.....	11
Unterstützungsangebote für Schulen .....	12
Übergang von der Kindertagesstätte zur Grundschule gestalten.....	12
Sport in Schulen.....	12
Sport in Kindertagesstätten.....	13
<b>Vorankommen durch eigene Leistungen</b> .....	<b>13</b>
Lebensraum .....	13
Politik für ländliche Räume .....	13
Spielräume des Lärmschutzes nutzen .....	15
Behutsames Nachverdichten .....	15
Mittelstand in Rheinland-Pfalz .....	16
Kommunale Wirtschaftspolitik: Mittelstand stärken, Arbeitsplätze sichern .....	17
Mittelstandsklausel auch auf kommunaler Ebene einführen .....	17
Technologieförderung stärken .....	18
Innerstädtische Entwicklung .....	18
Ladenöffnungszeiten liberalisieren .....	18
Dem Fachkräftemangel entgegenwirken .....	18
Unternehmensnachfolge sichern .....	19
Vergabepolitik: Wettbewerb stärken, Einsparpotenziale nutzen.....	19
Privat vor Staat – bestehende gesetzliche Vorgaben nicht weiter aufweichen.....	19
Schnelles Internet überall .....	20
Mobilfunklöcher schließen und schnelles mobiles Internet gewährleisten .....	20
Sensibler Umgang mit Bürgerdaten .....	20
Verkehr .....	21
Moderne Verkehrsinfrastruktur für zukunftsfähige Kommunen .....	21
Kommunales Straßennetz erneuern .....	21
Brücken schlagen.....	22

Verkehrswende durch Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) unterstützen.....	22
ÖPNV im ländlichen Raum sichern .....	23
Radverkehr fördern .....	23
Bessere Luft in den Städten.....	23
Verkehrslärm richtig bekämpfen.....	24
Mobilität 4.0 .....	24
Neue Konzepte für Alt und Jung.....	24
Attraktiver Wohnungsbau für alle Bevölkerungsschichten.....	25
Gleiche Wettbewerbsbedingungen bei Vermietungen.....	25
Energetische Quartierskonzepte im Neubau .....	26
Energetische Sanierung in bestehenden Quartieren .....	26
Kommunales Liegenschaftsmanagement mit Vorbildfunktion für private Immobilienbesitzer .....	26
Energieeinsparungen im Gebäudebereich .....	26
Vielfältige verantwortungsvolle Gesellschaft.....	27
Wir brauchen die Erfahrung, Vitalität und das Engagement der Senioren.....	27
Jugend .....	28
„Die Kunst ist eine Tochter der Freiheit“ .....	29
Wir machen Landwirtschaft und Weinbau zukunftsfähig.....	29
Ländliche Räume gestalten .....	30
Umweltschutz durch Innovation und Forschung .....	31
Moderner Umweltschutz nur im Einklang mit der Landwirtschaft.....	32
Natur und Stadt .....	32
Denken wir neu in der Umweltpolitik .....	33
Forstwirtschaft .....	33
Hochwasserschutzprogramme fortführen .....	33
Wasserqualität erhalten und verbessern .....	33
Abfallwirtschaft .....	34
<b>Selbstbestimmt in allen Lebenslagen.....</b>	<b>35</b>
Freie Demokraten – die Partei der Bürgerrechte.....	35
Innere Sicherheit .....	35
Kommunale Ordnungskräfte .....	35
Digitalisierung verändert die Wirtschaftswelt .....	35
Breitbandversorgung ausbauen .....	36
Netzwerke und Cluster fördern.....	36

Medizinische Versorgung .....	36
Gesundheit .....	37
Krankenhäuser – Kooperation und weitergehende Spezialisierung .....	37
Pflege .....	38
Hebammen – fundamentaler Baustein und kommunaler Standortfaktor .....	38
Sport hat Verfassungsrang .....	39
Demographischer Wandel .....	39
Sport in Naturräumen, öffentliche Bolzplätze, Kinderspielplätze .....	39
<b>Freiheit und Menschenrechte weltweit .....</b>	<b>40</b>
Kommunen für ein starkes Europa .....	40
Die Rolle der Kommunen stärken .....	41
Europäische kommunale Netzwerke weiterentwickeln .....	41
Europakompetenz in Rat und Verwaltung .....	41
Regionalpolitik zukunftsgerecht weiterentwickeln .....	42
Freiheit und Menschenrechte weltweit .....	42
Truppenstandorte sind ein wichtiger Faktor für die Region .....	43
Interkommunale Zusammenarbeit .....	43
Strategische Ausrichtung des Tourismus als harter Wirtschaftsfaktor .....	43
Tourismuswachstum durch ganzheitliches Regionalmarketing .....	44
Stärkung des Gastgewerbes als Säule des Tourismus .....	44
Gesellschaftliche Vielfalt und Mitmacher .....	45
Chancen für alle und mehr Selbstbestimmung ermöglichen .....	45
Kommunen bilden das Rückgrat der Integrationsarbeit .....	46
<b>Politik, die rechnen kann .....</b>	<b>47</b>
Verschuldung der Kommunen senken .....	47
Kommunalen Entschuldungsfonds (KEF) Rheinland-Pfalz anpassen .....	47
Kassenkredite .....	47
Kommunale Haushalte sanieren .....	48
Kommunale Schuldenbremse .....	48
Moderne Verwaltung .....	49
Verbesserung der kommunalen Einnahmen .....	49
Keine weiteren Steuerbelastungen .....	50
Abschaffung des Fonds Deutsche Einheit .....	50
Stabile Einnahmen der Kommunen aus reformierten Steuern .....	50

Synergiepotenziale aus öffentlichen und privaten Kooperationen fördern .....	51
Entwicklung des neuen kommunalen Finanzwesens .....	52
Anpassung des neuen kommunalen Finanzwesens .....	52
Durchgängige Schuldenbremse eröffnet Gestaltungsmöglichkeiten.....	53
Dauerhafte Lösung für finanzielle Schieflage erfordert Nachhaltigkeitsprüfung .....	53
Standards verbessern nicht verkomplizieren .....	53
Energie und Innovation .....	53
Herausforderungen der Energiepolitik.....	54
Erneuerbare Energien .....	54
Verwertung der Einnahmen aus regenerativen Energien.....	54
Energiepolitik in den Kommunen .....	54
Energiewirtschaftliche Tätigkeit.....	55
Innovationen als Chance .....	55
Sachliche Folgenabschätzung neuer Technologien.....	55
<b>Ein unkomplizierter Staat .....</b>	<b>56</b>
Effektives und bürgerfreundliches Verwaltungshandeln.....	56
Mehr Informationen für Bürger und Ratsmitglieder.....	56
Digitale Kommune .....	56
Konsequente Weiterentwicklung elektronischer Verwaltung .....	57
Behördengänge digitalisieren und in allen Kommunen etablieren.....	57
Mehr direkte Bürgerbeteiligung.....	57
Bürgernahe Justiz .....	58
Freigabe öffentlicher Daten .....	58
Weniger regulieren.....	58
Verschlankung der Verwaltung .....	59
Mobilität und Nahversorgung .....	59
Impressum .....	60

## **EINLEITUNG**

### **Freie Bürgerinnen und Bürger, starke Kommunen - DAS braucht Rheinland-Pfalz!**

Die Freiheit des Einzelnen ist Grund und Ziel unserer Politik und stete wertschätzende Aufgabe und wachsame Herausforderung.

Unsere Städte und Gemeinden sind für uns Freie Demokraten die Basis unseres Gemeinwesens.

Grundsätzliches Ziel unserer Kommunalpolitik ist es, den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort ein Höchstmaß an Möglichkeiten zur freien Entfaltung ihres Lebens zu geben.

Wir wollen eine Politik mit Herz und Verstand.

Jeder Mensch soll faire Chancen haben, seine eigenen Talente und Ideen zu entfalten, von seiner eigenen Arbeit zu leben und nach eigener Vorstellung glücklich zu werden – zu seinem eigenen Nutzen und zum Nutzen der Gesellschaft. Erst das Miteinander und Füreinander der Bürgerinnen und Bürger macht unsere Städte und Kommunen attraktiv und lebenswert.

Libérale Kommunalpolitik unterstützt, ermutigt und fördert privates Engagement und die Selbstorganisation der Bürgerinnen und Bürger. Wo immer Menschen in Eigeninitiative tätig werden, finden sie unsere Unterstützung. Nicht die Hoffnung auf den allmächtigen Staat, sondern die Tatkraft seiner Bürger macht unsere Gesellschaft solidarisch, stark und lebenswert.

Um die Kräfte der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land zur Entfaltung zu bringen, bedarf es unserer liberalen Politik, die besonnen für Rheinland-Pfalz die richtigen Rahmenbedingungen setzt.

Gemeinsam bewegen wir Rheinland-Pfalz! Wir sind pragmatisch, bürgernah und lösungsorientiert.

Wir Freie Demokraten können nicht alles verwirklichen, was wünschenswert ist, sondern zielen auf das, was in unseren Kommunen wirklich notwendig ist.

## Unsere Basisforderungen für unsere Städte und Gemeinden in RLP:

- **Die Wirtschaft** unseres Landes ist in hohem Maße geprägt von kleinen und mittelständischen Unternehmen. Damit Unternehmen sich weiterentwickeln können, müssen Kommunen die richtigen strategischen Weichen für die Zukunft stellen. Benötigt werden weniger Bürokratie, ein unternehmerfreundliches Klima und finanzielle Mittel, um zu investieren, Arbeits- und Ausbildungsplätze zu sichern und aufzubauen. Hier sind die Kommunen gefordert, für die notwendige Infrastruktur zu sorgen. Dazu zählen eine schlanke Verwaltung, Breitbandausbau, Verkehrswege sowie ein ausreichendes Angebot an ärztlicher Versorgung, Bildungseinrichtungen und Kinderbetreuung.
- **Der Tourismus** als ressortübergreifender harter Wirtschaftsfaktor muss für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung des Landes gestärkt werden. Nur mit einem scharfen regionalspezifischen Profil ist ein imageprägender Auftritt am Tourismusmarkt möglich. Hierzu ist die Bündelung von Fachwissen und von finanziellen Mitteln notwendig. Das Gastgewerbe als Säule des Tourismus muss durch Abbau bürokratischer Hürden, einzelbetriebliche Förderung, Einführung von Arbeitszeitkonten, Lösung des Fachkräftemangels, Unterstützung bei Betriebsübernahmen sowie durch eine intensiviertere Vermarktung saisonunabhängiger Angebote und Veranstaltungen gestärkt werden.
- **Die Finanzpolitik** auf Landes- und Kommunalebene muss kommenden Generationen Spielräume eröffnen, um den Herausforderungen von morgen gerecht werden und diese aktiv gestalten zu können. Dazu müssen Kommunen auf wirtschaftlich gesunde Beine gestellt werden, um zukünftig Infrastruktur- und Sozialaufgaben zu realisieren und dauerhaft zu sichern. Dies umfasst Schuldenabbau, ausgeglichene Haushalte und nachhaltige Investitionen. Notwendige Maßnahmen dazu sind die Beschränkung kommunaler Ausgaben unter Einhaltung des Konnexitätsprinzips, die Stabilisierung kommunaler Einnahmen und die Weiterentwicklung des kommunalen Finanzwesens.
- **Die Verkehrswege** und attraktiven Verkehrsangebote sind zentrale Grundlage für individuelle Mobilität, wirtschaftliche Dynamik und Wohlstand in unserem Land. Für viele Verkehrswege in Land, Kreisen, Städten und Gemeinden gibt es Nachhol- und Modernisierungsbedarf. Deshalb sind eine ideologiefreie Verkehrspolitik und eine Mobilitätsoffensive im kommunalen Bereich notwendig. Erhaltung, Modernisierung und bedarfsgerechter Ausbau der kommunalen Verkehrsinfrastruktur in Städten und Gemeinden und in ländlichen Regionen sind, wie attraktive, bezahlbare Angebote im öffentlichen Verkehr und Förderung des Fahrradverkehrs, Schwerpunkte liberaler Verkehrspolitik.
- **Die Energiepolitik** auf kommunaler Ebene muss sich an den Grundsätzen Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit, Umweltschutz und soziale Akzeptanz orientieren. Dies bedeutet enorme Herausforderungen, denn vor allem Verbraucher werden überproportional belastet. Es ist ein objektives Fazit über Erreichtes zu ziehen und eine sachliche Technologiefolgenabschätzung vorzunehmen, um geeignete Strategien und Maßnahmen abzuleiten. Dazu sollen erneuerbare Energien möglichst dort gewonnen, wo sie verbraucht werden und von allen Umlagen befreit sind.
- Wir Freie Demokraten stehen für ein **selbstbestimmtes und verantwortungsbewusstes Leben**. Dies drückt sich auch in unseren Zielen in der Umweltpolitik sowie der Bau- und Stadtentwicklungspolitik aus.

- Wir Freie Demokraten wollen den **ländlichen Raum** auch für junge Menschen und Familien wieder attraktiver gestalten. Dazu gehören nicht nur eine funktionierende Infrastruktur einschließlich digitalem Netzausbau, sondern auch attraktive Unternehmen und eine lebendige Gemeinschaft mit kulturellen und touristischen Angeboten.
- Dies gilt auch für die **urbanen Verdichtungsräume**, den mittleren und größeren Städten. Hier wollen wir Grünflächen im Sinne eines besseren Stadtklimas sowie attraktive Freizeitmöglichkeiten erhalten und pflegen und so einer weiteren Flächenversiegelung in den Innenbereichen entgegenreten.
- Wir Freie Demokraten setzen auf eine ausgewogene **Umwelt- und Baupolitik**, bei der wir die Belange sowie die finanzielle Leistungsfähigkeit der Bürgerinnen und Bürger mit ihren vielfältigen Bedürfnissen sowie die Aspekte des Natur- und Umweltschutzes angemessen berücksichtigen. Wir folgen dabei keinen ideologischen Vorgaben, sondern setzen auf Technologieoffenheit und Wettbewerb bei den drängenden Fragen der anstehenden umweltpolitischen Herausforderungen.
- Eine kostenfreie Nutzung kommunaler Sportstätten muss weiter garantiert werden.
- Jede Schülerin und jeder Schüler soll Schwimmen lernen.
- Weltbeste Bildung mit motivierten Lehrern und modern ausgestatteten Schulen.
- Freiheit und Menschenrechte weltweit.
- Wir wollen die **Vielfalt Europas** für unsere Kommunen nutzen. Deshalb treten wir für **europaweite kommunale Netzwerke** ein, in denen ähnlich gelagerte Probleme diskutiert, beste Praktiken ausgetauscht und gemeinsame Projekte durchgeführt werden.
- Wir wollen Europa weiterentwickeln. Deshalb fordern wir eine **Neuausrichtung der europäischen Kommunalpolitik**. Die Regionalfonds sollen zielgerichteter und effizienter eingesetzt werden. Sie sollen vor allem mittelständischen Unternehmen zugutekommen und für die Förderung von Innovation und zukunftsorientierter Infrastruktur eingesetzt werden.
- Wir wollen die **weltbeste Bildung für unsere Kinder**. Durch das „Erasmus+“ Programm der Europäischen Union wollen wir uns zum einen Anregungen aus den Bildungssystemen der europäischen Nachbarn holen, zum anderen unseren Kindern die Möglichkeit eröffnen, schon in der Schulzeit erste Erfahrungen im Ausland zu sammeln.

## WELTBESTE BILDUNG FÜR JEDEN

### Von Rheinland-Pfalz aus die Welt entdecken

Neben der Digitalisierung stellt eine immer globaler agierende Weltwirtschaft eine große Herausforderung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von morgen dar. Damit unsere Kinder optimal auf den Arbeitsmarkt der Zukunft vorbereitet sind, fordern wir Freie Demokraten die weltbeste Bildung. Dazu zählen für uns die Bereitschaft, Anregungen aus den Bildungssystemen unsere europäischen Nachbarn zu holen und sie in unser bestehendes Schulsystem zu integrieren sowie die Vorbereitung auf die wirtschaftlichen Zusammenhänge des Berufslebens.

Unsere Kinder sollen ihre ersten Erfahrungen im Ausland schon in ihrer Schulzeit sammeln können, da diese in einer globalisierenden Welt für einen erfolgreichen Einstieg in das Berufsleben immer wichtiger werden.

Konkret fordert die FDP:

- Wir wollen die Schulen vor Ort bei der Zertifizierung als Europaschule unterstützen, damit Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit haben, schon während ihrer Schulzeit vom Netzwerk der Europaschulen in ganz Europa zu profitieren und so möglichst viel internationale Erfahrung sammeln können.
- Viele Städte haben schon heute Städtepartnerschaften mit anderen europäischen Städten. Dieses bestehende Netzwerk wollen wir nutzen, um Kooperationen zwischen den Schulen zu fördern. Dafür kommen unter anderem regelmäßige Klassenfahrten in die Partnerstädte infrage.
- Im Rahmen des Programms „Erasmus+“ wollen wir den Lehrkräften die Teilnahme an europaweiten Fortbildungskursen sowie Job Shadowings (also das Begleiten einer Person für einen Tag, um den Beruf kennen zu lernen) und Unterrichtstätigkeiten bei Partnerinstitutionen ermöglichen. Die Schüler sollen im Rahmen dieses Programms die Möglichkeit zum interkulturellen Austausch bekommen. Dieses kann z.B. durch einen längeren Aufenthalt an einer Partnerschule aus dem europäischen Ausland geschehen, oder durch Mitarbeit an einem selbst gewählten Thema in einer internationalen Arbeitsgruppe.
- Eine Teilnahme am „Erasmus+“ Programm darf aber nicht an der Bürokratie scheitern, denn die Anträge für europäische Förderprogramme sind oftmals sehr kompliziert. Deshalb dürfen wir die Lehrerinnen und Lehrer bei der Erstellung der Anträge nicht alleine lassen. Wir fordern die Einrichtung einer zentralen Stelle zur Unterstützung bei Anträgen. Hier sollen nicht nur Fragen der Lehrer beantwortet werden, sondern auch im Rahmen eines Best Practice erfolgreiche Anträge gesammelt werden und sie den anderen Schulen als Vorlage zur Verfügung gestellt werden.

## Die FDP will die Schulen zukunftsfähig machen

Da Schüler/innen immer mehr Zeit in der Schule verbringen, sei es durch Ganztags- und Betreuungsangebote oder aufgrund der Unterrichtsplanung der Schulen, muss Schule als Lebensraum gesehen und angemessen gestaltet werden. Dem muss die Schulbaurichtlinie Rechnung tragen. So sind 1,8 bis 2 qm pro Schüler in der Raumplanung nicht mehr ausreichend. Die Schulbaurichtlinie ist überholt.

Deshalb fordern wir die Aktualisierung der Schulbaurichtlinie unter Berücksichtigung der heutigen Gegebenheiten an Schulen (z.B. Ausweitung des Fächerangebots, neue Förder- und Betreuungsangebote, inklusive Bildung, Digitalisierung).

Wir Freie Demokraten fordern Klassenräume in angemessener Größe, um soziale Auseinandersetzungen und Störungen des Unterrichts aufgrund von Verhaltensauffälligkeiten besser handhaben zu können. Wir fordern Differenzierungsräume, um Schüler/innen mit besonderem Förderbedarf gerecht werden zu können. Im Rahmen der inklusiven Beschulung werden zusätzlich Pflegeräume für Kinder mit Beeinträchtigung benötigt. Generell müssen Schulen soweit es baulich möglich ist, barrierefrei werden.

Zum Lebensraum Schule gehören aber auch Sport- und Bewegungsmöglichkeiten sowie Ruheräume. Ganztagsangebote dienen den Schülern nur, wenn auch entsprechende Räumlichkeiten zur Verfügung stehen, z.B. Küche, Speiseraum, Bewegungsflächen, Sport- und Schwimmmöglichkeiten sowie Räume für musikalische Bildung. Wir fordern die entsprechende Ausstattung der Schulen gemäß ihren Schulprofilen.

Die Kommunen benötigen hierfür entsprechende finanzielle Mittel, weshalb wir eine finanzielle Stärkung bzw. Unterstützung der kommunalen Schulträger fordern.

## Digitalisierung an Schulen

- Die Digitalisierung steckt voller Chancen für bessere Bildung: individuelles Lernen, innovative Lehrmethoden und aktuellere Lehrmittel. Machen wir endlich davon Gebrauch!
- Wer sich in einer digitalen Welt zurechtfinden will, braucht digitale Bildung. Doch die Technik an unseren Schulen ist häufig veraltet, in den PC-Räumen fehlt es an Kapazitäten, um allen Schülern ein eigenes Gerät zur Verfügung zu stellen oder aber bei Unterrichtsbeginn ist die technische Ausstattung nicht einsatzfähig.
- Wir Freie Demokraten setzen auf dem Weg zur weltbesten Bildung auf mehr Eigenständigkeit der Schulen. Wer Entscheidungshoheit bei Organisation, Profilbildung und Budget besitzt, übernimmt engagierter Verantwortung und kann für bessere Ergebnisse sorgen. Soweit dies noch nicht Realität ist, wollen wir deshalb den jeweiligen Schulen die Möglichkeit bieten, sich die Art der digitalen Medien passend zu ihrem pädagogischen Konzept auszusuchen. Während für Grundschulen die interaktiven Tafeln empfehlenswert sind, kann es sein, dass für eine berufsbildende Schule der Einsatz interaktiver Beamer vorteilhafter erscheint.

- Wir wollen allen Schülern, auch den sozial benachteiligten, den Zugang zu modernen digitalen Medien, einen kostenlosen Internetzugang sowie das Erlernen des Umgangs mit Standardsoftware an der Schule ermöglichen. Hierzu ist neben der Investition in die technische Ausstattung, die WLAN-Ausleuchtung der Schulen und das Anschließen der Schulen an schnelles Internet, auch ein dazugehöriges EDV-Konzept inklusive eines Datenschutzkonzeptes des Schulträgers notwendig. Hierbei sind die Schulträger aufgefordert, die Schulen bei der Nutzung bereits verfügbarer Sonderkonditionen für Softwarelizenzen und Sonderprogrammen der IT-Unternehmen zu unterstützen.
- Eine solche Investition ist nur zielführend, wenn die angeschaffte Hard- und Software regelmäßig aktualisiert wird und stets einsatzbereit ist. Dies überfordert die meisten Schulen. Deshalb wollen wir, soweit noch nicht erfolgt, den Schulen ausreichende IT-Fachkräfte des Schulträgers als Unterstützung im Vor-Ort-Einsatz an den Schulen zur Seite stellen. So soll die Problembehebung, Wartung, Instandhaltung und Aktualisierung der Hard- und Software sichergestellt und die Schulen in die Lage versetzt werden, eine einsatzfähige digitale Infrastruktur auch nutzen zu können.
- Wir wollen, soweit noch nicht erfolgt, das Unterrichtsmaterial durch digitale Schulbücher, Lern-Apps und Lizenzen für digitale Arbeitsblätter und Filme bereichern. Das jetzige Konzept der Schulbuchausleihe soll abgeschafft werden.
- Durch die bessere finanzielle Ausstattung der kommunalen Medienzentren können diese die Schulen auf dem Weg in die Digitalisierung besser begleiten und Lehrkräfte hinsichtlich Nutzung und Einsatzmöglichkeiten besser beraten.
- Wir befürworten eine enge Verzahnung und Kooperation der kommunalen Schulträger mit der Landes- und Bundesebene, um hier die finanziellen Herausforderungen in allen Landkreisen und Städten angehen zu können.

## Schulbuchausleihe

Die aktuelle Schulbuchausleihe orientiert sich an einer festgelegten Vorauswahl an Schulbüchern. Dies schränkt individuelle und differenzierte Bildung ein. Digitale Lehr-, Lern- und Unterrichtsmaterialien bleiben dabei vollkommen außen vor. Doch der schulische Alltag der Schüler sollte anders aussehen.

Deshalb fordern wir Freie Demokraten die Abschaffung dieser starren Schulbuchausleihe zu Gunsten einer flexibleren, passgenaueren Auswahl der Unterrichtsmaterialien durch die Schulen vor Ort. Die Schulen sollten hierbei ein entsprechendes Budget erhalten, welches ihnen ermöglicht den Schüler/innen die erforderlichen Lehr-, Lern- und Unterrichtsmaterialien (inkl. digitaler Angebote) zur Verfügung zu stellen.

- Die Schulen stehen heute vor der Herausforderung, sowohl Kindern mit Migrationshintergrund und Sprach- und/oder Verständnisproblemen, als auch inklusiv beschulten Kindern mit besonderem Förderbedarf gerecht zu werden. Um diese Herausforderung meistern zu können, müssen Schulen mit entsprechend qualifiziertem Personal und Differenzierungs- und Sprachfördermaterial sowie inklusivem Unterrichtsmaterial ausgestattet werden. Wir fordern die Abschaffung der allgemeinen Schulbuchausleihe zugunsten einer passgenauen Auswahl der Unterrichtsmaterialien, zum Beispiel durch digitale Medien.

- Die Schulen müssen ausreichend ausgestattet werden mit Differenzierungsmaterialien, Sprachfördermaterial und inklusivem Unterrichtsmaterial.

## Unterstützungsangebote für Schulen

- Gesellschaftliche Probleme spiegeln sich in der Schule wider; Schulsozialarbeiter stehen als Ratgeber und Unterstützer Schülern, Eltern und Lehrern zur Seite. Wir fordern alle Schulen mit diesen qualifizierten Unterstützern vor Ort flächendeckend auszustatten, wobei Brennpunktschulen besonders zu berücksichtigen sind.
- Um Kindern mit Beeinträchtigung eine echte Unterstützung bei der Beschulung in einer Regelschule zu bieten, fordern wir eine Qualifizierung der Integrationshelfer. Denn bei inklusiver Beschulung stehen die individuellen Bedürfnisse des Kindes, die sehr vielfältig und sehr unterschiedlich sein können, im Mittelpunkt.

## Übergang von der Kindertagesstätte zur Grundschule gestalten

Um eine erfolgreiche Beschulung von Kindern mit Migrationshintergrund und/ oder allgemeinen Sprachdefiziten gewährleisten zu können, fordern wir das Etablieren eines Sprachförderprogramms in Kindertagesstätten. Hierzu sind die Kindertagesstätten mit entsprechend qualifiziertem Personal und geeignetem Sprachfördermaterial auszustatten. Die kindliche Neugier bietet hier aber auch die Möglichkeit ein naturwissenschaftliches Interesse zu wecken. Dieser Aspekt sollte dabei nicht verloren gehen.

- Unser Ziel ist die Ausstattung der Kindertagesstätten mit Sprachfördermaterial und qualifizierten Fördermaßnahmen zum Spracherwerb sowie zur Weckung naturwissenschaftlicher Neugier.
- Wir setzen uns ein für eine flächendeckende Begleitung beim Übergang von der Kindertagesstätte zur Schule durch ein individuelles Vorschulprogramm.

## Sport in Schulen

Der Ausbau der Ganztagsbetreuung in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen darf nicht zu Lasten der Sportvereine gehen. Die Kooperation von Schulen und Sportvereinen ist weiter auszubauen.

Um dem Bewegungsmangel von Kindern vorzubeugen, sollten die Schüler einen vielseitigen Überblick über viele Sportbewegungsfelder erhalten. Die Schulen sollen hierzu bei der Kooperation mit Sportfachverbänden und ihren vor Ort ansässigen Sportvereinen unterstützt werden, damit ein Transfer zwischen Schul- und Vereinssport stattfinden kann.

Bis zur 9. Schulklasse sollen die Schüler befähigt sein, die Voraussetzungen für das Sportabzeichen zu erwerben.

Jede Schülerin und jeder Schüler soll Schwimmen lernen.

In den Zeugnissen der 3. und 4. Klasse ist die Detailleistung Schwimmen zu dokumentieren.

Die FDP fordert als Ziel, dass es am Ende der Grundschulzeit nur noch sichere Schwimmer (Bronze–Abzeichen) gibt.

## Sport in Kindertagesstätten

In den Kindertagesstätten und den Kindergärten sind räumliche und personelle Bedingungen für Sport, Spiel- und Bewegungsentwicklung zu schaffen.

Eine Kooperation mit den örtlichen Vereinen soll – soweit möglich – angestrebt werden.

## VORANKOMMEN DURCH EIGENE LEISTUNGEN

### Lebensraum

Wir Freie Demokraten setzen uns für gleichwertige Lebensverhältnisse auf dem Land und in der Stadt ein. Damit eine Gemeinde für die Menschen auch künftig einen hochwertigen und attraktiven Lebensraum darstellt, brauchen wir eine gut ausgebaute Infrastruktur. Die Erreichbarkeit über Straßen und ÖPNV ist ebenso wichtig, wie die Verfügbarkeit von Breitbandnetzen und örtlichen Bildungs- und Förderangeboten.

Zur Lebensqualität gehört auch die einfache Erreichbarkeit von Metzgern, Bäckern, Lebensmittelhändlern, Supermärkten, Ärzten und Apotheken. Gerade im ländlichen Raum ist deshalb die Verknüpfung von wohnortnahen Angeboten und einer besseren Vernetzung durch den ÖPNV und Straßeninfrastruktur von elementarer Bedeutung.

Soziale Medien können zwar die Kommunikation mit Freunden und Gruppen erleichtern, jedoch niemals die Möglichkeiten ersetzen, die Städte und Gemeinden zu bieten haben, dazu gehören auch kulturelle Angebote und Freizeitmöglichkeiten.

Dafür werden in angemessenem Umfang nicht nur Räumlichkeiten für Künstler und Vereine benötigt, sondern auch attraktive Grünflächen und Parks. Gerade die Grünflächen in den Städten tragen mit ihrem vitalen Baumbestand dazu bei, dass die Umgebungstemperaturen in den Sommermonaten abkühlen können und leisten durch die Aufnahme von CO<sub>2</sub> und Abgabe von Sauerstoff sowie die Bindung von Feinstaub einen wesentlichen Beitrag zum Umweltschutz.

### Politik für ländliche Räume

Die Situation der ländlichen Räume ist derzeit häufig durch zu geringe Wettbewerbsfähigkeit, einen kritischen Arbeitsmarkt, geringe Kaufkraft und die Abwanderung gut ausgebildeter junger Menschen gekennzeichnet. Die Abnahme der Bevölkerung führt zu infrastruktureller Ausblutung in allen Bereichen.

Die Politik hat im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Aufgabe, diesen Trends entgegenzuwirken und die Regionen als Lebens- und Wirtschaftsraum mit eigenständiger Bedeutung zu entwickeln. Mittelzentren und Kleinzentren spielen dabei eine bedeutende Rolle.

Wir Freie Demokraten unterstützen in den Regionen Kooperationen, Partnerschaften und interkommunale Projekte zur Entwicklung gemeinsamer Ziele und Handlungsfelder. Die Entwicklung regionaler Zusammenschlüsse (sogenannter „Cluster“) – wirtschaftlich, kulturell und sozial – wird entscheidend sein, um die Attraktivität ländlicher Räume gerade für junge Menschen zu steigern.

Auch dank des großen Engagements einiger Gemeinden, meist in Zusammenarbeit mit den Vereinen und engagierten Teilen der Bevölkerung, wurden erfolgreich Projekte und Maßnahmen gegen Abwanderungstendenzen ergriffen. Solch beispielhaftes bürgerschaftliches Engagement wollen wir unterstützen und fördern.

Hierzu gehört auch die Unterstützung der kleinen Gemeinden, wenn es um die Vermarktung leerstehender Immobilien geht. Die starken Preissteigerungen für Grundstücke, Gebäude und Mieten in den Ballungszentren lassen bereits jetzt erste Anzeichen für eine Trendumkehr, zurück in den ländlichen Raum, erkennen. Was kleine Gemeinden zu bieten haben, muss dazu einer größeren Zielgruppe, auch in den umliegenden Ballungsgebieten, auf geeigneten Internetplattformen, zusammen mit allen weiteren Vorteilen, entsprechend beworben und präsentiert werden.

Für uns Freie Demokraten ist die Aktivierung der Innenbereiche für ein lebendiges Dorf- und Gemeindeleben von großer Bedeutung. So bietet Leerstand auch die Chance der Umstrukturierung und Neugestaltung der alten Ortskerne. Hierzu müssen die Gemeinden nach sorgfältiger Abwägung auch selbst finanziell in die Lage versetzt werden, bestimmte Leerstandsimmobilien günstig erwerben zu können. Die bestehenden Landesmittel für Programme, beispielsweise zur Dorferneuerung, sind den sich verändernden Anforderungen pragmatisch anzupassen und zu bewerben.

Liberaler Politik für ländliche Räume orientiert sich an folgenden Grundsätzen:

- Unterstützung regionaler Entwicklungskonzepte, die an vorhandene Potentiale anknüpfen und Angebote für Arbeit, Versorgung und Bildung, möglichst wohnortnah, bereitstellen.
- Ausreichende Erschließung für den Individualverkehr ist eine grundlegende Voraussetzung wirtschaftlicher Entwicklung.
- Mobilitätsangebote durch den ÖPNV sind als Grundgerüst zu gewährleisten. Darüber hinaus fördern wir flexible Mobilitätssysteme, Verknüpfung mit privaten Angeboten, Bürgerbusse, Anruf-Sammeltaxis (näheres siehe Programmteil Verkehr).
- Stärkere Verknüpfung der europäischen und nationalen Förderprogramme mit konkreten regionalen Entwicklungszielen.
- Stärkung der ordnungsgemäßen Land- und Forstwirtschaft sowie des Anbaus von Sonderkulturen (z. B. Wein).
- Stärkung der Zusammenarbeit von Landschaftspflege und Agrarwirtschaft.
- Unterstützung bei der Entwicklung und Vermarktung qualitativ hochwertiger Angebote mit hoher regionaler Wertschöpfung. Dies gilt für Industrie, Landwirtschaft und Tourismus gleichermaßen.
- Erhaltung und Stärkung der Ortskerne.
- Verstärkte Anreize zu Investitionen in Breitbandnetze.

- Unterstützung der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU's) durch Beratung und Hilfestellung, Fachkräftesicherung, Stärkung des Technologietransfers in ländliche Räume, Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen und Universitäten.
- Erhalt der medizinischen Grundversorgung und pflegerischer Grundleistungen wohnortnah. Stärkere Arbeitsteilung zwischen kleineren Krankenhäusern bei anspruchsvolleren medizinischen Behandlungen.
- Erhalt der schulischen Basisversorgung möglichst wohnortnah.

## Spielräume des Lärmschutzes nutzen

Insbesondere in den Ballungsräumen ist im Sinne einer Stadt der kurzen Wege, entsprechend der „Charta von Leipzig“ zur nachhaltigen europäischen Stadt, für eine attraktive Durchmischung der Funktionen Wohnen, Arbeit und Freizeit zu sorgen. Durch die rechtzeitige Ausweisung von Kerngebieten (nach der Baunutzungsverordnung) und durch den Ausweis urbaner Gebiete, die jeweils höhere Immissionsrichtwerte für Lärm gegenüber Allgemeinen Wohngebieten und reinen Wohngebieten erlauben, haben die Städte dazu die entsprechenden Handlungsspielräume, die es auszuschöpfen gilt. Alt-ingesessene Betriebe sollen hinsichtlich ihrer Lärmimmissionen gegenüber neu hinzugekommener Wohnbebauung besonderen Bestandsschutz genießen, der auch bei Wechsel des Eigentümers oder des Betreibers bestehen bleibt. Im Zweifel sind dem geplanten Wohnungsneubau entsprechend erhöhte Auflagen zum Schallschutz zu machen.

## Behutsames Nachverdichten

Um den steigenden Mietpreisen zu begegnen, setzen wir auf Anreizsysteme, um den bestehenden Wohnungsbestand zu erhöhen. Hierzu können insbesondere Aufstockungsmaßnahmen von Gebäuden in den Gebieten herangezogen werden, in denen es keine einheitlichen Gebäudehöhen gibt.

Neben der Möglichkeit, durch vereinfachte Genehmigungsverfahren Dachausbauten und ggf. auch Aufstockungen zu genehmigen, soll auch das Aufteilen sehr großer Wohnungen in zwei oder drei Wohneinheiten baurechtlich ermöglicht werden, ohne unnötige zusätzliche bürokratische Hürden (wie z.B. den Nachweis von Parkplätzen) aufzubauen.

Gerade ältere, alleinstehende Menschen erhalten dadurch die Möglichkeit, Teile ihres Eigentums zu vermieten, um das eigene Einkommen aufzubessern.

In den Fällen, in denen es in den Innenstädten kaum noch bestehende Brach- oder Entwicklungsflächen mehr gibt, ist der Grundsatz „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ aufzuheben. In diesen Fällen sollen soweit möglich die Städte auch wieder in den Randbereichen wachsen dürfen. Dies schafft Entwicklungsperspektiven für die Städte und entschärft den Preisdruck auf Mieten und Kaufpreise für Grundstücke und Wohnungen.

Zur Außenentwicklung gehört ein leistungsfähiger öffentlicher Nahverkehr. Bei zügiger und sicherer Erreichbarkeit der Stadtzentren siedeln manche Bürger gerne in den angrenzenden Landgemeinden.

## Mittelstand in Rheinland-Pfalz

Die Wirtschaft unseres Landes ist in hohem Maße geprägt von kleinen und mittelständischen Unternehmen. Diese umfassen ein breites Spektrum von produzierenden Betrieben, Dienstleistern, Selbständigen und Freiberuflern. Dazu gehören Landwirte und Winzer, inhabergeführte Geschäfte, Dienstleister und Einzelhändler, sowie Gastwirte, Hotel- und Pensionsbetreiber, die ihren Kunden beste Qualität aus der Region bieten.

Sie alle stiften unsere regionale Identität, stellen Produkte und Dienstleistungen von hoher Qualität her, zahlen Löhne und Gehälter und übernehmen Verantwortung als Arbeitgeber. Sie stellen den größten Teil der Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz und legen somit die Grundlage unseres Wohlstands. Diese Unternehmen haben ein Anrecht auf ein besseres Verständnis und auf mehr Anerkennung in unserer Gesellschaft. Das Fundament hierfür muss bereits in den Schulen gelegt werden.

Die Vorteile rheinland-pfälzischer Standorte müssen von kommunalen und regionalen Einrichtungen vermittelt werden. Auch die Gründung von Unternehmen muss stärker unterstützt werden. Jeder Investor bzw. Gründer hat eine Vielzahl von Standorten zur Auswahl. Er wird sich für den Standort entscheiden, der ihm den besten Start und langfristig gute Entwicklungsperspektiven verspricht. Daher muss der Dialog zwischen Kommunen und Unternehmen verstärkt werden. Die Kontakte zu Unternehmen müssen intensiviert und Foren besser zum Austausch genutzt werden. Dabei soll konkreter als bisher auf Bedarfe und Probleme von Unternehmen eingegangen werden.

Mittelständische Unternehmen stehen vor enormen Herausforderungen. Globalisierung, Digitalisierung, sich rasch wandelnde Kundenwünsche und zunehmender Fachkräftemangel zwingen sie zu immer schnellerer Anpassung. Dafür benötigt werden weniger Bürokratie, ein unternehmerfreundliches Klima und finanzielle Mittel, um zu investieren, Arbeits- und Ausbildungsplätze zu sichern und aufzubauen. Hierzu muss der Staat für die notwendige Infrastruktur sorgen. Aber auch Kommunen sind hier gefordert: Dazu zählen u.a. Breitbandausbau, Verkehrswege, ein ausreichendes Angebot an Schulen, Kinderbetreuung, ärztlicher Versorgung und Bildungseinrichtungen.

## **Kommunale Wirtschaftspolitik: Mittelstand stärken, Arbeitsplätze sichern**

Eine effiziente Kommunalpolitik sorgt für eine starke Wirtschaft. Denn insbesondere bei den sogenannten „freiwilligen Leistungen“ der Kommunen können nur Leistungen zur Verfügung gestellt werden, die vorher erwirtschaftet wurden. Unternehmen brauchen starke, in die Zukunft denkende Kommunen. Damit Unternehmen sich weiterentwickeln können, müssen Kommunen die richtigen strategischen Weichen für die Zukunft stellen. Deshalb muss die kommunale Wirtschaftsförderung gestärkt werden, um die Rahmenbedingungen für den Mittelstand zu verbessern.

Kommunale Wirtschaftsförderung muss sich vor diesem Hintergrund dynamisch dem Wettbewerb anpassen. Dazu ist die Schaffung regionaler Zusammenschlüsse von Unternehmensnetzwerken und Kommunen auf freiwilliger Basis zur Wirtschaftsförderung erforderlich. Wirtschaftsfördermittel können effektiver regional als nur rein punktuell eingesetzt werden. Positive Beispiele sind die Metropolregionen. Entscheidende Grundlagen für die Unterstützung von Unternehmen sind u.a. folgende Punkte:

- Schnelle, unbürokratische Entscheidung und Genehmigung bei Neuansiedlungs-, Investitions- und anderen Vorhaben durch Verwaltungen und Behörden. Die FDP setzt sich dazu für die Einrichtung schlagkräftiger, effizienter Servicecenter in kommunalen Verwaltungen ein. In diesen Centern sollen konkrete Ansprechpartner für eine koordinierte Bearbeitung durch alle zuständigen Fachdienststellen sorgen.
- Eine in jeder Hinsicht zukunftssicher ausgebaute und bedarfsgerechte Infrastruktur, Transparenz und Zuverlässigkeit der kommunalpolitischen Zukunftsplanung.
- Das Vorhandensein wichtiger Standortfaktoren, wie z.B. Schul- und Ausbildungsangebote, ein reiches Kulturleben und hochwertige Freizeitmöglichkeiten.
- Die Verfügbarkeit von Fachkräften.

Betrieben muss in den Kommunen eine bessere Mitwirkungsmöglichkeit eingeräumt werden (z.B. bei Investitionen, Privatisierungen, Anschaffung von Ausbildungsmitteln an berufsbildenden Schulen, Steuer- und Gebührensätzen usw.), etwa in Form beratender Wirtschaftsräte mit ortsansässigen Unternehmen. Auf Kommunal- und Landesebene müssen Gesetze, Vorschriften und Satzungen so gestaltet werden, dass Unternehmen sie mit vertretbaren Kosten erfüllen können. Wirtschaftsförderung ist für Kommunen und ihre Standorte essentiell. Bürgerinnen und Bürgern soll der Weg in die erfolgreiche Selbstständigkeit so einfach wie möglich gemacht werden. Jede Neugründung birgt das Potenzial, ein ortsansässiger Arbeitgeber und Steuerzahler zu werden.

## **Mittelstandsklausel auch auf kommunaler Ebene einführen**

Eine Mittelstandsklausel ist auch auf kommunaler Ebene einzuführen. Demnach sollen alle kommunalen Erlasse und Verordnungen bezüglich ihrer Auswirkungen auf die Leistungsfähigkeit von kleinen und mittelständischen Unternehmen überprüft werden.

Die Belastung durch zusätzliche Bürokratie trifft insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen, die häufig annähernd die gleichen regulatorischen Anforderungen erfüllen müssen wie größere Unternehmen. Generell soll Bürokratie in allen Bereichen so weit wie möglich abgebaut werden, damit sich – vor allem auch junge – Unternehmen stärker auf ihr Geschäft statt auf Bürokratie konzentrieren können.

## Technologieförderung stärken

Neue Technologien schaffen Arbeitsplätze von morgen. Strategische Technologieförderung muss daher auf kommunaler Ebene an Bedeutung gewinnen und in die kommunale Wirtschaftsförderung einbezogen werden, um planvoll geeignete Maßnahmen ergreifen zu können. Dazu muss es der kommunalen Wirtschaftsförderung ermöglicht werden, Unternehmen den einfachen, unkomplizierten Zugang zu überregional verfügbarem Kapital für Forschung, Entwicklung und Investitionen aufzuzeigen.

## Innerstädtische Entwicklung

Im Wettbewerb der Einzelhandelsstandorte, vor allem gegenüber dem Online-Handel, soll die Eigeninitiative von Eigentümern zur Attraktivitätssteigerung von Einzelhandelsquartieren unterstützt werden. Dies soll durch die Begleitung der Entwicklung zukunftsgerechter Konzepte für die innerstädtische Entwicklung erfolgen. Erforderlich ist dazu die Weiterentwicklung zukunftsgerechter Instrumente zur Belebung der Innenstädte.

## Ladenöffnungszeiten liberalisieren

Wir Freie Demokraten setzen uns für flexible Ladenöffnungszeiten ein. In der modernen, digitalisierten Lebensrealität wirken sich feste gesetzliche Öffnungszeiten wettbewerbseinschränkend aus. Damit es nicht mehr nur Online-Anbietern, sondern auch traditionellen Geschäften ermöglicht wird, ihre Waren rund um die Uhr verkaufen zu können, sind selbstbestimmte flexible Ladenöffnungszeiten erforderlich. Jedes Geschäft soll demnach selbst darüber entscheiden können, wann es öffnet und schließt.

## Dem Fachkräftemangel entgegenwirken

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz prosperiert. In vielen Regionen und Sparten herrscht annähernd Vollbeschäftigung. Viele Betriebe können jedoch offene Stellen wegen Fachkräftemangels nicht besetzen. Bei der Bekämpfung des Fachkräftemangels kann auf kommunaler Ebene viel geleistet werden. Eltern, Schulen und Betriebe können zusammenwirken, um junge Menschen für eine zukunftsorientierte Ausbildung und Jobs in der Region zu gewinnen. Neue Arbeitskräftepotenziale können durch bedarfsorientierte Weiterqualifizierung und durch bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie erschlossen werden. Neue Arbeitszeitmodelle und Betreuungsangebote für Kinder ermöglichen Erziehenden eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Berufsleben.

## Unternehmensnachfolge sichern

Jedes Jahr suchen ca. 6000 rheinland-pfälzische Unternehmer einen Nachfolger – aus Familie, Belegschaft oder durch Fremdinvestoren. Diese Unternehmen sollen erhalten bleiben, für die Zukunft gerüstet und ihre Arbeitsplätze gesichert werden. Gesucht werden qualifizierte Nachfolger mit unternehmerischem Können. Kontakte potenzieller Übergeber und Übernehmer sollen auf regionaler Ebene gefördert und unterstützt werden.

Kommunale Vertreter sollen stärker mit Wirtschaftsverbänden vor Ort kooperieren, um Informationen mit allen Beteiligten und Interessenten auszutauschen und diese fachkundig zu begleiten – eine Aufgabe u.a. für Kammern, Förderbanken und Investoren.

## Vergabepolitik: Wettbewerb stärken, Einsparpotenziale nutzen

Bei Vergabe und Durchführung öffentlicher Aufträge sollen folgende Ziele Priorität haben:

- Transparenz der Vergabeverfahren
- Fairer Wettbewerb zwischen den Bietern
- Stärkere Beteiligung mittelständischer Unternehmen
- Wirtschaftlichkeit bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben

Wir sind für klare, nachvollziehbare und ergebnisorientierte Leistungsbeschreibungen. Wir wollen keinen reinen Preiswettbewerb, sondern Wettbewerb um Effizienz und Qualität. Der Zugang soll allen qualifizierten Bewerbern offenstehen und nicht durch unnötige Zertifizierungen o.ä. eingeschränkt werden. In Verträgen sind grundsätzlich Rechte und Pflichten aller Partner im Hinblick auf die Aufgabenerfüllung vorzusehen. Die Abwicklung der Vergabeprozedur (Ausschreibung, Angebotsbewertung, Auftragserteilung) soll auch bei kleineren Aufträgen auf elektronischem Weg erfolgen. Auch Unternehmen, an denen die öffentliche Hand beteiligt ist, sollen dem öffentlichen Vergaberecht unterliegen.

## Privat vor Staat – bestehende gesetzliche Vorgaben nicht weiter aufweichen

Dem Trend von Kommunen, verstärkt privatwirtschaftliche Tätigkeiten zu übernehmen, ist Einhalt zu gebieten. Überall dort, wo der Markt funktioniert, soll das ordnungspolitische Erfolgsrezept unserer Marktwirtschaft „Privat vor Staat“ Beachtung finden.

Andernfalls werden sich ohnehin bestehende gravierende Wettbewerbsnachteile mittelständischer Unternehmen gegenüber kommunalen Eigenbetrieben, wie Ungleichbehandlung bei Umsatzsteuer sowie Insolvenzschutz weiter verschärfen.

## Schnelles Internet überall

Wir Freie Demokraten wollen, dass in allen Kommunen der Zugang zu schnellem Internet möglich ist. Sowohl im privaten, wie im beruflichen Umfeld ist der Zugang zu gigabitfähigem Internet in den kommenden Jahren notwendig.

Für die Kommunen ist schnelles Internet, das in der Lage ist, den steigenden Anforderungen an immer größer werdende Datenmengen Rechnung zu tragen, ein enorm wichtiger Standort- und Wettbewerbsfaktor. Insbesondere im Hinblick auf die Ansiedlung von Familien und Unternehmen darf der ländliche Raum nicht weiter den Anschluss an die besser ausgebauten urbanen Gebiete und Metropolregionen verlieren. Erst leistungsfähige Internetanschlüsse ermöglichen die Teilnahme an den heute gängigen Kommunikationsformen und damit an einem modernen gesellschaftlichen Leben (z.B. Homeoffice).

Um sicherzustellen, dass der gesamte ländliche Raum und nicht nur die strukturstarke Gebiete mit schnellem Internet versorgt werden, fordern wir Freie Demokraten, dass der Glasfaserausbau in Regions-Clustern ausgeschrieben wird. Die Kommunen können sich auch zusammenschließen und über die Programme des Landes Rheinland-Pfalz auch an Fördermittel des Bundes und der EU gelangen. Darüber hinaus fordern wir die Einführung von kommunalen Gigabit-Beratern, die die Kommunen beispielsweise bei Förderanträgen und in technischen Fragen unterstützen.

## Mobilfunklöcher schließen und schnelles mobiles Internet gewährleisten

Wir Freie Demokraten wollen die flächendeckende Mobilfunkversorgung durch schnelles, mobiles Internet in ganz Rheinland-Pfalz. Neben dem Glasfaserausbau ist eine lückenlose Mobilfunkversorgung mit schnellem Internet ein wichtiger Standortfaktor für den ländlichen Raum. Leider gibt es in vielen Kommunen weiße Flecken in der Abdeckung mit schnellen 4G-Funknetzen. Wir Freie Demokraten wollen, dass sich das ändert.

Der Aufbau der engmaschigen neuen 5G-Netze wird auch die Kommunen vor Herausforderungen stellen. Schon die Bereitstellung von öffentlichen Gebäuden zum Aufstellen von Mobilfunkantennen kann dazu beitragen, bestehende Lücken schneller zu schließen und den Aufbau der neuen 5G-Netze wie auch der 4G Netze voranzutreiben.

## Sensibler Umgang mit Bürgerdaten

Die FDP unterstützt das Recht auf informationelle Selbstbestimmung im Bereich des öffentlichen und nichtöffentlichen Datenschutzes umfassend zu achten.

Die FDP fordert die größtmögliche Transparenz und Überprüfbarkeit der Daten-Verarbeitungsprozesse, damit jeder eigenverantwortlich über seine Daten bestimmen kann.

Im Bereich der Videoüberwachung sind zunächst die geltenden rechtlichen Rahmenbedingungen auszuschöpfen, bevor Ausweitung und Verschärfung gefordert werden. Bei der Videoüberwachung des öffentlichen Raumes sind es zunehmend Private und nicht mehr staatliche Stellen, die unsere Persönlichkeitsrechte einschränken. Für diese müssen die gleichen hohen Standards gelten.

## Verkehr

Leistungsfähige Verkehrswege und attraktive Verkehrsangebote sind zentrale Grundlage für individuelle Mobilität, wirtschaftliche Dynamik und Wohlstand in unserem Land.

Viele Verkehrswege im Land, in Kreisen, Städten und Gemeinden sind in die Jahre gekommen. Es gibt Nachhol- und Modernisierungsbedarf. Deshalb tritt die FDP für eine Mobilitätsoffensive im kommunalen Bereich ein. Dabei wollen wir eine ideologiefreie Verkehrspolitik ohne Gängelei. Die Menschen sollen frei darüber entscheiden können, welches Verkehrsmittel sie nutzen wollen. Erhaltung, Modernisierung und bedarfsgerechter Ausbau der kommunalen Verkehrsinfrastruktur in ländlichen Regionen und in Städten und Gemeinden sind – wie attraktive und bezahlbare Angebote im öffentlichen Verkehr und Förderung des Fahrradverkehrs – Schwerpunkte liberaler Verkehrspolitik.

Fahrverbote für Dieselfahrzeuge halten wir für falsch. Andere Maßnahmen sind geeigneter, die Verringerung der Luftbelastung zu erreichen – ohne wirtschaftliche Schäden für Besitzer von Dieselfahrzeugen sowie Handwerk und Mittelstand, die überwiegend Dieselfahrzeuge nutzen. Ein flächendeckendes Tempolimit von 30 km/h innerörtlich lehnen wir ebenso ab wie die Forderung nach Einführung einer City-Maut oder dirigistische Maßnahmen zur Verdrängung des motorisierten Individualverkehrs.

## Moderne Verkehrsinfrastruktur für zukunftsfähige Kommunen

Lebenswerte Städte und Gemeinden brauchen eine moderne Verkehrsinfrastruktur. Mit bröckelnden Straßen und Brücken ist kein Staat zu machen. Wir Freien Demokraten setzen uns für eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ein – gleichermaßen bei kommunalen Straßen und im Schienenverkehr. Ohne eine gute Verkehrsinfrastruktur leidet die Erreichbarkeit von Städten und Gemeinden. Wir wollen eine Verödung der Innenstädte und weitere Abwanderungen aus ländlichen Regionen vermeiden.

## Kommunales Straßennetz erneuern

Es muss wieder mehr in die kommunale Straßeninfrastruktur investiert werden. In vielen Städten und Kommunen in Rheinland-Pfalz findet seit Jahren ein Substanzverzehr und Vermögensverlust statt. Wir Freien Demokraten wollen das ändern. Es gibt vor allem jenseits der Hauptverkehrsstraßen einen enormen Erneuerungs- und Modernisierungsbedarf.

Um diesen zu beseitigen, sind besondere Finanzierungsanstrengungen erforderlich. Die bislang nach dem Entflechtungsgesetz zur Verfügung stehenden Bundesmittel zur Förderung des kommunalen Straßenbaus müssen dazu weitergeführt und gesichert werden.

Eine moderne kommunale Straßeninfrastruktur in Stadt und Land ist Voraussetzung für schnelle und attraktive Angebote im öffentlichen Personennahverkehr mit Bussen. Um Bürger bei der Modernisierung der kommunalen Verkehrsinfrastruktur so gering wie möglich zu belasten, setzen wir uns für eine bessere Planung und Koordinierung von Baustellen und ein besseres Verkehrsmanagement ein. Dabei wollen wir auch das Knowhow privater Ingenieurbüros einbinden. Um schneller voranzukommen, ist ein schlankeres Planungsrecht notwendig; eine Reform der Planungsprozesse ist dringlich. Die von Infrastrukturvorhaben unmittelbar betroffenen Bürger müssen im Zentrum der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung stehen.

Wir fordern, die Digitalisierung des ÖPNV zu beschleunigen. Fahrkarten sollen verbundübergreifend per Smartphone-App und über das Internet gekauft werden können. Verspätungen sollen über diese App frühzeitig einsehbar werden können.

Der Landesverband der FDP Rheinland-Pfalz fordert,

1. auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen in Rheinland-Pfalz künftig zu verzichten, und
2. die kreisfreien Städte und kreisangehörigen Städte und Gemeinden aus originären Landesmitteln mit Sonderzuweisungen für den Wegfall der Straßenausbaubeiträge und zur Stärkung ihrer Investitionen zu unterstützen.

## Brücken schlagen

Rheinland-Pfalz ist Pendlerland. Viele Menschen haben ihren Arbeitsplatz in den Nachbarländern Hessen, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen oder auch in Luxemburg. Damit Pendler ihre Arbeitsplätze in angemessener Zeit und ohne großen Stress erreichen können, tritt die FDP dafür ein, neue Brücken zu bauen. Neben dem vor dem Abschluss stehenden Hochmoselübergang sind vor allem Brücken am Mittelrhein, bei Bingen-Ingelheim und Nierstein, sowie Rheinquerungen bei Wörth und bei Ludwigshafen notwendig. Bei Sanierung insbesondere der großen Brücken in kommunaler Baulast-trägerschaft dürfen Städte und Gemeinden nicht im Stich gelassen werden. Hier fordern wir einen Sonderfonds zur Unterstützung kommunaler Sanierungsmaßnahmen.

## Verkehrswende durch Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) unterstützen

Die Menschen sind bereit, auf den umweltfreundlichen ÖPNV auf Schiene und Straße umzusteigen. Das zeigen steigende Fahrgastzahlen dort, wo das Angebot stimmt. Die Freien Demokraten bekennen sich zu einem modernen öffentlichen Personennahverkehr mit Bus und Bahn. Wir treten für einen weiteren Ausbau und die Optimierung der Angebote im Rheinland-Pfalz-Takt ein. Dieses Erfolgsmodell des FDP-geführten Verkehrsministeriums muss zugleich auch unter wirtschaftlichen Aspekten weiter optimiert werden. Dabei kommt einer verstärkten Abstimmung und effektiven Verknüpfung mit dem straßengebundenen ÖPNV und dem motorisierten und nicht motorisierten Individualverkehr eine entscheidende Bedeutung zu. Das erfolgreiche ÖPNV-Modell Rheinland-Pfalz Nord für ein geschlossenes und abgestimmtes Gesamtangebot auf Schiene und Straße soll dazu landesweit ausgeweitet werden. Bei der Finanzierung der ÖPNV-Angebote setzt die FDP weiter auf wettbewerbliche Verfahren, um das beste Angebot für die Menschen in Rheinland-Pfalz bereitstellen zu können.

Im Bereich der Schieneninfrastruktur gibt es insbesondere im Zulauf auf die Ballungszentren auch über die Landesgrenzen hinaus Ausbaubedarf. So ist z.B. für eine grundlegende Verbesserung der Bedienungsqualität von der Nahestrecke über Mainz nach Frankfurt ein drittes Gleis zwischen Gau-Algesheim und Mainz notwendig, auch von Mainz nach Frankfurt gibt es in der Langfristperspektive Ausbaubedarf. Der Bau neuer Bahnhöfe mit potentiell hoher Nachfrage ist ein Beitrag, den Menschen den Umstieg vom Individualverkehr auf Schienenverkehr zu erleichtern. So würde z.B. der Bau eines neuen Bahnhofs Mainz-Schott die Verbindung von der Nahestrecke zum neuen Stadtgebiet am Zollhafen und nach Wiesbaden deutlich attraktiver gestalten. Notwendig für einen attraktiven ÖPNV ist aber auch,

dass der Gesetzgeber das Personenbeförderungsgesetz für neue Angebotsformen stärker öffnet. Dafür setzen wir uns ein.

## ÖPNV im ländlichen Raum sichern

In den Regionen, die von Strukturwandel und von Bevölkerungsrückgängen betroffen sind, steht die Verkehrspolitik vor besonderen Herausforderungen, um flächendeckende Angebote aufrecht zu erhalten. Wir Freien Demokraten wollen, dass die ländlichen Regionen mit dem öffentlichen Personennahverkehr angemessen erreichbar bleiben. Damit kann ein Beitrag dazu geleistet werden, weitere Abwanderungen zu vermeiden. Dafür ist eine grundlegende Flexibilisierung der Angebote erforderlich. Dabei wollen wir die Chancen der Digitalisierung für eine Flexibilisierung von Haltestellen und Bedienzeiten durch bedarfsgesteuerte Angebote wie beispielsweise Rufbusse oder Anrufsammeltaxen nutzen. Ebenso können Formen des Ridesharing ein Beitrag sein, die Mobilität im ländlichen Raum zu verbessern. Die Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements im Rahmen von Bürgerbussen ist für uns Bestandteil dieser Politik.

## Radverkehr fördern

Die ideologiefreie und bedarfsgerechte Förderung des Radverkehrs im Alltagsverkehr ist für die FDP unverzichtbarer Teil einer nachhaltigen Verkehrspolitik. Das Fahrrad hat durch die rasant steigende Zahl von E-Bikes und Pedelecs im Tourismus und als alltägliches Verkehrsmittel neue Perspektiven. Der Entwicklung hin zu diesem umweltfreundlichen Verkehrsmittel muss durch Infrastrukturmaßnahmen, wie den Bau von Pendler-Schnellwegen unter Einbindung vorhandener Radwege mit dem Ziel attraktiver Reisezeiten Rechnung getragen werden. Im ländlichen Raum bestehen Chancen, durch Bau von Bike- und Ride-Parkplätzen und sicheren Aufbewahrungsmöglichkeiten an Bahnhöfen, die Nutzung des Fahrrads im kombinierten Verkehr weiter voran zu bringen. In den Städten können attraktive Fahrradvermietssysteme, wie zum Beispiel das System in Mainz, den Anteil des Fahrradverkehrs weiter steigern.

## Bessere Luft in den Städten

Wir wollen saubere Luft in Städten und Gemeinden. Die verstärkte Nutzung von ÖPNV und Fahrradverkehr sind dabei wichtige Bausteine. Verkehrsverbote für Diesel-PKW und Einführung einer blauen Plakette halten wir für den falschen Weg. Um die Schadstoffbelastung vor allem in den Ballungsräumen mit zu hohen NOx-Belastungen zu reduzieren, sind für uns Freie Demokraten folgende Maßnahmen vordringlich:

- Die kurzfristige Nachrüstung vorhandener Busse mit Abgasreinigungssystemen. Gerade Flottenfahrzeuge mit hohen Fahrleistungen, wie Diesel-Busse oder Taxen tragen zu einem erheblichen Teil zur innerstädtischen Schadstoffbelastung bei.
- Die schnelle Beschaffung schadstoffarmer bzw. -freier Busse und Kommunalfahrzeuge. Der geplante Einsatz von Wasserstoff-Bussen im Ballungsraum Mainz/Wiesbaden weist dabei in die richtige Richtung.

- Der Ausbau von Ladestrom-Stationen für Elektrobusse, der Umbau von Betriebsbahnhöfen für Hybrid- und Elektrobusse und die Stromnetzertüchtigung für Ladestrom sind weitere wichtige Maßnahmen.

Die Stromnetzertüchtigung für Ladestrom des Individualverkehrs ist voranzutreiben. Insbesondere in Neubaugebieten, öffentlichen Parkplätzen/ Häusern und weiteren öffentlichen Bereichen (wie z.B. an Laternenpfählen) sind Ladestationen für E-Fahrzeuge, auch für E-Bikes und Pedelecs, vorzusehen.

Wir setzen uns dafür ein, dass von Bund und Land dazu angebotene Fördermaßnahmen von rheinland-pfälzischen Städten und Gemeinden konsequent genutzt werden.

## Verkehrslärm richtig bekämpfen

Verkehr verursacht Lärm, der die Gesundheit beeinträchtigen kann. Wir Freie Demokraten setzen uns vor allem für einen Lärmschutz ein, der an der Lärmquelle ansetzt. Straßenverkehr, Schienenfahrzeuge und Flugzeuge müssen leiser werden. Deshalb sind wir für eine weitere Schärfung des lärmabhängigen Trassenpreissystems im Schienenverkehr und für eine stärkere Berücksichtigung der Lärmkomponenten in den Start- und Landegebühren für Flugzeuge, insbesondere am Flughafen Frankfurt. Das schafft Anreize, leisere Fahr- und Flugzeuge einzusetzen. Änderungen der An- und Abflugverfahren, die zu einseitigen Belastungen der Menschen in Mainz und Rheinhessen, aber auch im Norden des Landkreises Neuwied, führen, lehnen wir ab. Eine durchgreifende Entlastung des Rheintals vom Lärm der Güterzüge setzt den Bau einer alternativen Güterverkehrsstrecke zwischen den Ballungsräumen Köln und dem Rhein-Main-Gebiet voraus. Beim Ausbau von Autobahnen und großräumigen Straßenverbindungen ist auf einen optimalen Lärmschutz zu achten.

## Mobilität 4.0

Welcher technische Weg für die Antriebssysteme der Zukunft der richtige ist, kann nicht die Politik entscheiden. Deshalb ist ein technologieoffener Ansatz richtig. Elektromobilität, neue Antriebssysteme, autonomes Fahren und die Digitalisierung werden die Verkehrssysteme auch auf kommunaler Ebene nachhaltig verändern. Wir Freie Demokraten wollen die Chancen der Digitalisierung für ein modernes Verkehrsmanagement mit intelligenter Verkehrsführung, für neue Mobilitätskonzepte, wie z.B. Ride- oder Car- und Bikesharing nutzen. In der Entwicklung hin zum autonomen Fahren sehen wir nicht zuletzt neue Perspektiven für eine selbstbestimmte Mobilität und weniger Barrieren auch für diejenigen, deren Mobilität eingeschränkt ist. Autonomes Fahren kann auch ein Beitrag zur Sicherung der Mobilität im ländlichen Raum sein.

## Neue Konzepte für Alt und Jung

Die nötige und von älteren Menschen besonders geschätzte Verbesserung des Wohnumfelds ist eng mit der erfolgreichen Werbung um Bewohner verbunden, die noch im Erwerbsleben stehen. Diese Bevölkerungsschicht trägt in den Innenstädten sowohl durch die Stärkung des Dienstleistungssektors

und des Handels als auch durch eine Vergleichmäßigung der Altersstruktur zur erwünschten Attraktivität der Innenstädte für alle Menschen bei.

Wir Freien Demokraten begrüßen die zunehmende Entwicklung von sozialraumorientierten Mehrgenerationenkonzepten in denen Alt und Jung sich gegenseitig unterstützen können und werden kommunale Flächen hierfür vorrangig den Wohnungsbaugesellschaften zum Kauf anbieten. Wir wollen damit breiten Kreisen der Bevölkerung, sowie älteren Menschen und Menschen mit Beeinträchtigungen so lange wie möglich ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Auch private Wohnungsbaugenossenschaften oder Wohngemeinschaften können hier der richtige Ansatz sein, der eine kommunalpolitische Unterstützung verdient.

## **Attraktiver Wohnungsbau für alle Bevölkerungsschichten**

Nicht nur um das strukturelle Defizit im Haushalt zu reduzieren, bemühen sich Stadtvorstände um die Rekrutierung neuer und Entwicklung bestehender Gewerbebetriebe sowie das Ansiedeln von Start-Ups und Freiberuflern.

Die positive Entscheidung für einen Ort durch den Geschäftsinhaber und das Einstellen von Mitarbeitern in diesen Unternehmen wird erleichtert, gilt eine Kommune aufgrund „weicher“ Faktoren als attraktiv. Hierzu zählt insbesondere das gute Wohnen der Berufstätigen und ihrer Familien.

Die Freien Demokraten unterstützen das Schaffen von Wohneigentum für alle Personenkreise.

Im Zuge der Überarbeitung von Flächennutzungsplänen sind Baugebiete auch für den Bau von Einfamilienhäusern auszuweisen. Bebauungspläne sind so flexibel zu gestalten, dass sie aufgrund von Grundstücksgröße, Geschosshöhe usw. differenziertem Bedarf begegnen können.

Nicht nur Mietwohnungsbau sollte deshalb in Rheinland-Pfalz Eingang in die Planungen finden, sondern insbesondere auch das Schaffen der Voraussetzungen für den Bau des Eigenheims, häufig der Wunschimmobilie von Bürgern.

Neue Wege bei der Vergabe der Bauflächen können zudem in den Kommunen eingeschlagen werden. So könnte die Wirtschaftsförderungsgesellschaft neben Gewerbegrundstücken auch attraktive Bauplätze, z.B. für Mitarbeiterhäuser/wohnungen, anbieten.

## **Gleiche Wettbewerbsbedingungen bei Vermietungen**

Internetportale wie Airbnb, 9Flats oder Wimdu machen gewerblichen Zimmervermietungen Konkurrenz, ohne die Vielzahl gesetzlicher Auflagen zu erfüllen. Auch werden keine Steuern, Abgaben und Gebühren in gleicher Höhe bezahlt. Neue Geschäftsmodelle, die im Wesentlichen auf einer Umgehung gesetzlicher Vorschriften beruhen, sind mit unseren Vorstellungen von einem fairen Wettbewerb nicht vereinbar. Wir Freie Demokraten wollen, dass bestehende und neue Geschäftsmodelle im fairen Wettbewerb miteinander stehen. Wenn und solange dies nicht der Fall ist, müssen die Kommunen geeignete Instrumente haben, um korrigierend eingreifen zu können.

## **Energetische Quartierskonzepte im Neubau**

Die FDP begrüßt die Tendenz, dass die neuen Quartiere, dort wo es auch ökonomisch sinnvoll ist, energiewirtschaftlich als nachhaltige Gesamtsysteme geplant werden. Die Abstimmung von Erzeugung, Verbrauch und Speicherung erfolgt dabei ohne Anschluss- und Benutzungszwang technologieoffen und dezentral im Quartier.

Der Wertschöpfungsprozess wird durch das Echtzeitmanagement der verfügbaren virtuellen Kraftwerke und Nahwärmenetze ins Quartier hin zu den einzelnen Akteuren verschoben. Zum Ausgleich der teilweise fluktuierenden Strom- und Wärmeerzeugung werden zentrale Speicher in den Quartieren eingeplant.

Über Mieterstrommodelle, Mobilitäts-HUBs, Parkplatzmanagement und Carsharing-Angebote wird zusätzlicher Komfort für die Nutzer im Quartier geschaffen.

## **Energetische Sanierung in bestehenden Quartieren**

Wir Freie Demokraten befürworten die deutliche Steigerung der Energieeffizienz als zentrale Zielsetzung der energetischen Sanierung in bestehenden Quartieren. Wir wollen hin zu integrierten, vernetzten Energiesystemen inkl. Speichermöglichkeiten.

Die durch effizienten Energieeinsatz entstehenden Kostenvorteile können von allen Akteuren im Quartier – Kommunen, Wohnungsunternehmen aber auch Eigentümern von selbstgenutzten oder vermieteten Wohngebäuden –, gleichermaßen genutzt werden.

## **Kommunales Liegenschaftsmanagement mit Vorbildfunktion für private Immobilienbesitzer**

In Bezug auf die Nutzung der eigenen Liegenschaften sind Kommunen aufgefordert, eine Vorbildfunktion einzunehmen und wirtschaftlich sinnvolle energetische Modernisierung im Gebäudebestand vorzunehmen.

## **Energieeinsparungen im Gebäudebereich**

Wir Freie Demokraten erkennen die enormen Energieeinsparpotenziale bei Bestandsgebäuden. Doch bei einer kontinuierlichen Verschärfung der gesetzlichen Standards wird die zusätzlich einsparbare Energiemenge eher kleiner statt größer. Denn nicht jeder kann sich die Umsetzung der geforderten kostenintensiven Maßnahmen leisten, bzw. will die Kosten dafür nicht an seine Mieter weitergeben. Durch Schaffung und Stärkung neutraler bzw. kommunaler Beratungsangebote wollen wir insbesondere auf die vielen kleinen und kostengünstigen Maßnahmen aufmerksam machen, die bereits zu erheblichen Energieeinsparungen und damit zur Erreichung der Klimaschutzziele beitragen können.

## Vielfältige verantwortungsvolle Gesellschaft

Das liberale Bild von Familien und Partnerschaft steht für eine eigenständige Verantwortungsgemeinschaft, basierend auf der Mündigkeit des Einzelnen. Die Kommune hat, dort wo sie zuständig ist, gute Rahmenbedingungen durch eine familienfreundliche Kultur und Infrastruktur zu schaffen.

Aus diesem Grunde fordern wir:

- Die Kommunen haben im Rahmen ihrer Verantwortung eine gleichberechtigte und diskriminierungsfreie Gesellschaft zu fördern.
- Ziel liberaler Politik ist die tatsächliche Barrierefreiheit in der Kommune in all ihren Facetten. Nicht nur der öffentliche Raum, sondern auch die Kommunikation zwischen Verwaltung und Bürger muss barrierefrei sein.
- Die Ganztagsangebote, die sich am liberalen Konzept der weltbesten Bildung orientieren, sind für Kinder und Jugendliche sowohl quantitativ als qualitativ zu sichern, um Familien Wahlfreiheit zu gewährleisten.
- Der bestehende Anspruch auf einen Kindertagesstätten Platz ist für die unter Dreijährigen umzusetzen, unter Beachtung des Konnexitätsprinzips. Förderungen des Bundes müssen ungemindert und zeitnah an die Kommunen weitergereicht werden.
- Gleichberechtigte Trägerschaften in der Frühkindlichen Bildung, auch bei privaten Initiativen und betrieblichen wie gewerblichen Angeboten, umzusetzen.
- Betriebskindergärten sind durch den Abbau von bürokratischen Hemmnissen weiter auszubauen.
- Die Einführung von flexiblen Öffnungszeiten der Kindertagesstätten und frühkindlichen Bildungseinrichtungen, die mit dem Berufsleben vereinbar sind.

## Wir brauchen die Erfahrung, Vitalität und das Engagement der Senioren

Die FDP steht für eine generationengerechte Politik in den Kommunen. Wir brauchen Menschen mit Erfahrung, Vitalität und Engagement. Die FDP unterstützt daher das zunehmende Engagement älterer Mitbürger auch im Ehrenamt.

Wir wollen damit die Lebenserfahrung von Senioren genutzt wissen, da in einer schrumpfenden Gesellschaft das Miteinander der Generationen zur Milderung der damit verbundenen Probleme beiträgt. Im Zuge dessen müssen die Rahmenbedingungen für das Ehrenamt in der Kommune insgesamt gestärkt und die Anerkennung der dort erbrachten Leistungen mehr in den Fokus kommunaler Politik gesetzt werden.

Aus diesem Grunde fordern wir:

- Die bessere Nutzung von Potenzialen und Erfahrungen der älteren Generation.
- Eine altersgerechte kommunale Infrastruktur für größtmögliche Mobilität älterer Menschen.
- Die Unterstützung des lebenslangen Lernens in kommunalen Einrichtungen, die auch die Möglichkeit einschließt, durch digitale Angebote teilhaben zu können.

- Eine verstärkte Motivation zur Mitwirkung an Seniorenvertretungen und –beiräten.
- Eine Förderung von generationenübergreifenden Projekten in der Kommune.
- Einrichtung von Senioren Service Stellen in den Rathäusern.
- Ansprechpartner in den Gemeindeverwaltungen für Information, Beratung und Fragen rund um das Alter und Älterwerden.
- Vermittlung zu weiteren sozialen Einrichtungen und Diensten.
- Erstellen einer Konzeption für altersgerechte Teilhabe an der Gesellschaft.
- Infoportal für Senioren auf der Homepage der Gemeindeverwaltung.
- Einrichtung von Seniorenbeiräten in jeder Gemeinde.
- Kurse für Senioren zur Nutzung digitaler Medien.
- Begegnungsstätten für Jung und Alt.
- Bei Ortsentwicklungen die Berücksichtigung der Interessen der Senioren wie z.B. rollatorgerechte Straßenquerungen.
- Die Schaffung von Angeboten von ausreichend Aufenthalts-, Ruhe- und Sitzgelegenheiten in den Gemeinden.
- Ehrenamtliche Freizeit-und Bildungsangebote für Senioren.
- Einrichtung einer Ehrenamtsbörse zum Austausch von Angeboten und Nachfrage zur Hilfe von Alltagsbewältigungen.

## Jugend

Jugend muss ihre direkte Umgebung mitgestalten können. Dazu muss sie früh teilhaben können an Politik. Die Jugend hat einen Anspruch auf die Weltbeste Bildung. Die Kommunen werden daher aufgefordert, die schulische Ausstattung entsprechend auf einen hohen qualitativen Stand zu bringen und fortlaufend anzupassen.

Aus diesem Grunde fordern wir:

- Kommunales Wahlrecht ab 16. Lebensjahr.
- Die Einbindung von Kindern und Jugendlichen in die sie betreffenden Entscheidungsprozesse.
- Größtmögliches kommunales Engagement bei der Modernisierung der schulischen Ausstattung.

## „Die Kunst ist eine Tochter der Freiheit“

Eine moderne Kulturpolitik ist ein urliberales Anliegen. Sie gehört zum Kernbestand der kommunalen Selbstverwaltung. Die soziale und integrative Funktion von Kultur garantiert den Zusammenhalt einer Gesellschaft.

Ein breit gefächertes Kulturangebot – auch grenzübergreifend – beeinflusst Lebensqualität, fördert und unterstützt Attraktivität und Identifikation mit der jeweiligen Region.

Die FDP fordert, dass Kulturförderung zielgerichtet, transparent und am jeweiligen Bedarf der Bürger und Kommunen orientiert erfolgt. Wichtig sind digitale, wie auch traditionelle Kulturangebote.

Bibliotheken, Archive und Akademien sind zu unterstützen, ihre Nutzerfreundlichkeit muss erhalten und gefördert werden.

Denkmalschutz und zeitgenössische Architektur sind zu fördern, historisch wertvolles Erbe ist zu bewahren und zugänglich zu machen.

Musikalische und künstlerische Bildung ist zu erweitern, eine lebendige Theaterlandschaft ist zu erhalten, Ausstellungs- und Probemöglichkeiten sollen vorhanden sein.

Den Kommunen muss es möglich sein, herausragende kulturelle Projekte oder Institutionen in den Katalog kommunaler Pflichtaufgaben zu übernehmen und sie damit in ihrem Bestand zu sichern.

Kulturförderung darf nicht kommunalen Sparmaßnahmen zum Opfer fallen.

Alle Fördermaßnahmen müssen jeweils an Qualitätskriterien gebunden sein.

## Wir machen Landwirtschaft und Weinbau zukunftsfähig

Die Agrarwirtschaft (hier: Landwirtschaft, Weinbau, Viehzucht, alle grünen Berufe) ist eine der tragenden Säulen unserer Wirtschaft. Rund 17.000 Betriebe in Rheinland-Pfalz produzieren Lebensmittel von internationaler Spitzenqualität. Für uns Freie Demokraten ist es daher selbstverständlich, die Interessen unserer Agrarwirtinnen und Agrarwirte im besonderen Maße zu berücksichtigen.

Für uns stehen ökologische und konventionelle Landwirtschaft nicht im Gegensatz zueinander. Wir wollen es den Landwirtinnen und Landwirten selbst überlassen, wie sie anbauen und produzieren. Aus unserer Sicht ist es nicht die Aufgabe der Politik, darüber zu entscheiden, welche Form der Landwirtschaft die richtige ist. Unsere Landwirtschaftspolitik ist ganzheitlich und hat die vielfältigen Interessen der ganz unterschiedlichen Betriebe in Rheinland-Pfalz im Blick.

Wir Freie Demokraten wollen, dass sich unsere Landwirtinnen und Landwirte auf das konzentrieren können, was sie am besten können: Die Produktion von Lebensmitteln höchster Qualität. Dafür ist es notwendig, bürokratische Auflagen stetig zu evaluieren, auf ihre Notwendigkeit hin zu untersuchen und gegebenenfalls abzuschaffen.

Wir wollen die Diskussionen um Dünge- und Pflanzenschutzmittel versachlichen. Gleichzeitig ist es notwendig, dass die Forschung im Bereich des Pflanzenschutzes vorangetrieben wird, notwendige Zulassungsverfahren evaluiert werden und der Markt für innovative Produkte geöffnet ist.

Mit unserer Politik bieten wir unserer bäuerlich geprägten Landwirtschaft passgenaue Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft. Besonders mit Blick auf die anstehende Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP) setzen wir uns nachdrücklich dafür ein, dass die Interessen unserer heimischen Landwirtinnen und Landwirte auch auf der europäischen Ebene berücksichtigt werden. Dazu gehört es, dass die bestehende Zwei-Säulen-Struktur der Agrarförderung auch über das Jahr 2020 hinaus erhalten bleibt. Gleiches gilt für die Strukturförderung der ländlichen Räume.

Denn: Landwirtschaftspolitik ist nicht nur Fachpolitik für einen Berufsstand. Der ländliche Raum als Lebensraum eigener Art ist Heimat in einer sehr ursprünglichen Form und auch ein wesentlicher Zielpunkt für den Tourismus.

Erfahrungen mit und in unseren Kulturlandschaften und deren Kontext zu benachbarten naturgegebenen Strukturen schaffen gerade in Zusammenhang mit entsprechenden Angeboten der landwirtschaftlichen Branche selbst Bildungs- und Erlebnisräume, die einer Entkopplung der Menschen von der Landwirtschaft, ihren Arbeitsweisen und schlussendlich ihren Produkten entgegenwirken.

Ganz eng mit diesen Erfahrungen verbunden sind Mehrwerte in der Ernährungsbildung, in ökologischem Grundwissen und naturgesetzlichen wie auch naturwissenschaftlichen Zusammenhängen.

## Ländliche Räume gestalten

Ebenso fördert unsere Politik der ländlichen Räume den Gemeinschaftssinn und die Liebe zur Heimat. Auch schaffen wir so ein besseres Verständnis von Natur und Umwelt.

Schlussendlich muss aber auch im Fokus stehen, dass der landwirtschaftliche Sektor zu allererst ein Wirtschaftssektor ist.

Über die Wertschöpfung durch die Ernte landwirtschaftlicher Produkte hinaus, ist er Wegbereiter des Tourismus, Rohstoff- und auch Energielieferant.

Eine fortschrittliche und nachhaltige Landwirtschaft ist im übrigen Treiber von Industrie und Forschung, sowohl im Maschinenbau als auch in Chemie- und biotechnischen Unternehmen.

Viele mittelständische Unternehmen (seien sie aus dem Handwerk wie auch der Beratungsbranche) sind mit einer erfolgreichen Landwirtschaft verflochten, was den Agrarsektor insgesamt zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor macht.

Der digitale Wandel ist Herausforderung und Chance zugleich. Wir setzen uns dafür ein, dass die Potenziale der Digitalisierung für die Landwirtschaft noch besser nutzbar gemacht werden können. Dazu ist es notwendig, jeden Hof des Landes an ein leistungsfähiges Breitbandnetz auf Glasfaserbasis anzuschließen. Ebenso wollen wir die Berichts- und Statistikpflichten vereinfachen. In Zukunft muss es möglich sein, jeden Vorgang digital erfassen und verarbeiten zu können. Um dies zu ermöglichen, müssen die vielfältigen Agrarverwaltungen modernisiert und mit entsprechender Infrastruktur ausgestattet werden.

Wir Freie Demokraten setzen uns für ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) in grünen Berufen ein. So kann es gelingen, junge Menschen frühzeitig für einen landwirtschaftlichen Beruf zu begeistern. Darüber hinaus sind junge Menschen die besten Botschafter für diesen Berufszweig und können als Multiplikatoren dazu beitragen, das Bild der Landwirtschaft als moderne, zukunftsorientierte Branche in der Öffentlichkeit zu stärken. Die Freien Demokraten in Rheinland-Pfalz sind der verlässliche Partner der Landwirtschaft.

## Umweltschutz durch Innovation und Forschung

Die Freien Demokraten stehen für eine Umweltpolitik, die von Vernunft geleitet ist. Wir treffen Entscheidungen nicht auf der Basis von Ideologie. Für uns zählen Fakten und die Kraft des sachlichen Arguments. Wir bringen die berechtigten Interessen der Menschen, der Landwirtschaft und unserer Unternehmen in den Einklang mit ökologischen Notwendigkeiten. Unsere Umweltpolitik setzt nicht auf Verbote. Statt Paragraphen, Vorschriften und Gesetze zu verschärfen, investieren wir in Forschung und Entwicklung. Der beste Umweltschutz gelingt durch Weiterentwicklung von Technologie und Innovation.

Der Schutz unserer Umwelt ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer Zeit. Es ist die Verantwortung von uns allen, dafür zu sorgen, dass unsere Kinder und Enkel in einem intakten Ökosystem aufwachsen können. Der Erhalt der Artenvielfalt, die Pflege unseres Waldes und die stetige Verbesserung der Wasserqualität stehen in unserer Umweltpolitik im besonderen Fokus.

Regenerative Energien spielen im Energiemix der Zukunft eine wichtige Rolle. Daher ist es von besonderer Bedeutung, den weiteren Ausbau dieser Form der Energieerzeugung in geordnete Bahnen zu lenken. Dazu gehört es auch, die Forschung im Bereich der Speichertechnologien weiter auszubauen und entsprechende finanzielle Mittel dafür bereitzustellen. Nur mit leistungsfähigen Stromspeichern kann es gelingen, regenerativ produzierte Energie über einen längeren Zeitraum wirtschaftlich nutzbar zu machen.

Die Verbesserung der Luftqualität in unseren Städten ist eine wichtige Zukunftsaufgabe. Dadurch steigern wir nicht nur die Lebensqualität in den urbanen Bereichen unseres Landes, sondern wir sorgen gleichzeitig auch dafür, Fahrverbote zu vermeiden. Dabei schließen sich individuelle Mobilität und Umweltschutz nicht gegenseitig aus. Wir setzen uns dafür ein, die ÖPNV-Flotten zu modernisieren und auf umweltschonende Antriebstechniken umzustellen. Dabei sind wir auf keine Antriebstechnik fokussiert, sondern absolut technologieoffen. Gleichzeitig wollen wir den innerstädtischen Verkehr mit smarten und digitalen Verkehrsleitsystemen effizienter machen und somit den Schadstoffausstoß reduzieren. Ebenso wollen wir das Prinzip der „Grünen Welle“ in unseren Städten und Gemeinden flächendeckend einführen.

Elektronische Antriebe und Brennstoffzellen-Antriebe werden in Zukunft eine immer größere Rolle spielen. Der Markt für elektrisch betriebene Fahrzeuge wächst stetig und immer mehr Menschen setzen auf solche Fahrzeuge. Um diesem Umstand Rechnung zu tragen, setzen wir uns dafür ein, die Zahl der elektrischen Ladesäulen und der Wasserstoffladestellen in unseren Städten und Gemeinden auszubauen.

## Moderner Umweltschutz nur im Einklang mit der Landwirtschaft

Der ländliche Raum ist für uns ein eigenständiger Wirtschafts-, Lebens- und Entwicklungsraum. Er ist keine „Restfläche“ für Wasserschutzzonen und ökologische Ausgleichsräume.

Durch staatliches Handeln dürfen Eigentumsrechte nicht ersatzlos verloren gehen. Sozialbindung darf nicht zur Nutzungsenteignung führen. Auflagen und Gebote der Umwelt- und Naturschutzpolitik, die nicht fachlich begründet und gerechtfertigt sind, sind aufzuheben. Es muss zu einem fairen Interessenausgleich nach dem Prinzip des Gebens und Nehmens mit den Nutzern der Flächen kommen.

Das Prinzip Pflege durch Nutzung muss weiter ausgebaut und in stärkerem Umfang angewandt werden, damit die landwirtschaftlichen Nutzflächen in den Händen der Bäuerinnen und Bauern bleiben. Vertragsnaturschutz hat für die FDP eindeutig Vorrang gegenüber ordnungspolitischen Maßnahmen. Die gute landwirtschaftliche Praxis muss im Sinne der naturschutzfachlichen Anforderungen des Bundesnaturschutzgesetzes als gesetzeskonform gelten.

Wir Freie Demokraten stehen zu unserer Verantwortung für den Umwelt- und Naturschutz; vernünftiger Umweltschutz muss realistisch und realisierbar sein. Nachhaltigkeit kann dabei nur in europäischer und internationaler Kooperation und frei von ideologischen Übertreibungen zum Erfolg geführt werden.

Daher fordern die Freien Demokraten:

- Die Nutzung von Ökokonten zu unterstützen, um sinnvolle Ausgleichsmaßnahmen zu erreichen, durch ökologisch und ökonomisch tragfähige Bewirtschaftungskonzepte mit der Land- und Forstwirtschaft die Kulturlandschaft zu pflegen und weiter zu entwickeln.
- Natur- und Landschaftsschutzgebiete insbesondere durch Vertragsnaturschutz mit den örtlichen Land- und Forstwirten sowie den Fischern und Jägern nachhaltig zu erhalten. Damit soll die ökologisch wertvolle Kulturlandschaft gepflegt werden.
- Eine weitere Verschärfung des Bundesnaturschutzgesetzes auf Landesebene durch weitergehende Landesgesetze lehnen die Freien Demokraten im Interesse der innerstädtischen Entwicklung und der Bauleitplanung ab.

## Natur und Stadt

Wir Freie Demokraten treten auch in den Innenstädten für Naturschutz und Rückzugsräume für kleine Wildtiere, Vögel und Insekten ein. Wir begrüßen aktuelle Trends wie Stadtkerei auf den Dächern, Urban Gardening (Gärtnern auf städtischen Flächen) bis hin zu Vertical Farming (u.a. Pflanzenzucht im Regal). Natürliche Parks und Grünflächen wollen wir in diesem Zusammenhang, auch zu Gunsten eines besseren Klimas und zur Senkung der Temperaturen in den Innenstädten, pflegen und erhalten.

Grünflächen tragen dazu bei, dass Orte insgesamt bzw. Wohnungsgebiete positiv bewertet werden. Stadtgrün hilft, dass das Wohlbefinden steigt, Stress reduziert wird, eine raschere Genesung nach Krankheit zu beobachten ist, Erholung gefördert wird und generell das Umweltbewusstsein der Bürger gesteigert werden kann. Von Parks und Orten profitieren insbesondere Kinder, Eltern mit jüngeren Kindern und vor allem ältere Menschen.

Es ist deshalb bei der Überarbeitung von Flächennutzungsplänen, bzw. dem Ausweisen von Bau- und Gewerbegebieten auf ein ausgewogenes Konzept von Flächenversiegelung und Grünplanung zu achten. Stadtplanung ist auch Grünplanung.

## Denken wir neu in der Umweltpolitik

Zwar ist im Umweltschutz manches erreicht worden, damit wollen wir uns allerdings nicht zufriedengeben, zumal neue Probleme, wie durch den Ausbau erneuerbarer Energien, hinzukommen. Wir setzen auf einen intelligenten Umweltschutz, auf kooperative Formen, wie zum Beispiel den Vertragsnaturschutz. Auch in der Umweltpolitik wollen wir die Menschen nicht gängeln, sondern überzeugen.

## Forstwirtschaft

Rheinland-Pfalz ist eines der walddreichsten Bundesländer Deutschlands. Die Freien Demokraten sind sich der vielfältigen Bedeutung des Waldes und der Forstwirtschaft für unser Land bewusst. Deshalb unterstützen wir eine multifunktionale Forstwirtschaft, die durch naturnahe Bewirtschaftungsformen ordnungsgemäß und nachhaltig ist.

Die Holzvermarktung ist für die Forstwirtschaft von zentraler Bedeutung. Um den Verkauf unseres Holzes nach der notwendig gewordenen Neustrukturierung der Holzvermarktung weiterhin effektiv und für alle Akteure gewinnbringend organisieren zu können, werden wir den Wandel des Vermarktungswesens positiv begleiten. Dies bedeutet, dass wir die waldbesitzenden Kommunen beim Aufbau der neuen Strukturen für die Holzvermarktung unterstützen und fördern wollen.

## Hochwasserschutzprogramme fortführen

Wegen der klimatischen Veränderungen und den damit einhergehenden Veränderungen des Abflussverhaltens sollen die erfolgreichen Hochwasserschutzprogramme landesweit fortgesetzt werden. Hochwasserschutz beginnt bei der Verlangsamung des Oberflächenabflusses durch Entsiegelung, Wiederaufforstungen von Brachflächen und schließt auch technische Hochwasserabwehrmaßnahmen, die örtlich begrenzt erforderlich werden können, ein. Das Prinzip, die vorhandenen Überflutungs- bzw. Retentionsräume zu erhalten und zu pflegen, muss auch in Zukunft verfolgt werden, zu prüfen sind erforderliche Erweiterungen. Die Vermeidung von Versiegelung ist zu prüfen.

## Wasserqualität erhalten und verbessern

Wir wollen das Trinkwasser in der gewohnten besten Qualität und ausreichenden Menge in Rheinland-Pfalz erhalten wissen; darum hat vorsorgendes Denken für die Liberalen nach wie vor höchste Priorität. Eine nachhaltige Sicherung ist nur dann möglich, wenn insbesondere das Grundwasser flächendeckend vor Verunreinigungen geschützt wird. Deshalb müssen Einträge (z. B. aus Landwirtschaft, Industrie, Bergbau sowie Medikamente) immer dort reduziert werden, wo eine Gefährdung vorliegt. Es gilt das Verursacherprinzip. Die Verantwortung und die Qualitätskontrolle für das Trinkwasser sind als eine

zentrale Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge in kommunaler Verantwortung zu belassen. Dies gilt ebenso für die kommunalen Mineralquellen in RLP.

## Abfallwirtschaft

Die Freien Demokraten treten für eine ökologisch anspruchsvolle und wirtschaftlich sinnvolle Abfallwirtschaftspolitik ein. Im Sinne des Kreislaufwirtschaftsgesetzes müssen Vermeidung und Verwertung den Vorrang vor der Beseitigung haben. Der erreichte technische Standard soll weiter ausgebaut werden und für weitere Verbesserungen und Kosteneinsparungen genutzt werden.

Wir Freie Demokraten sehen es nicht als tabu an, in den Kommunen über die Biotonne zu diskutieren. Wo die Produktion von Kompost keine ökologischen Vorteile mit sich bringt, sollte eine gemeinsame Entsorgung der Bioabfälle mit dem Hausmüll erfolgen. Die Kommunen sollen Eigenkompostierung in ihren Satzungen zulassen können, sofern diese auf dem jeweiligen privaten Grundstück ordnungsgemäß durchgeführt werden und der erzeugte Kompost verwertet werden kann. Die Sicherheit der Entsorgung ist zu gewährleisten.

Wir unterstützen private Investitionen und Vorhaben, die die umweltverträgliche Entsorgung von Abfällen langfristig sicherstellen sollen, insbesondere dort, wo die öffentliche Hand diese Aufgabe nicht mehr im gebotenen Umfang wahrnehmen will und kann, und begrüßt Public-Private-Partnership Modelle (PPP), die zur Umsetzung dieses Zieles dienen.

Wir Freie Demokraten fordern, dass sich die öffentliche Hand zur Verwertung und zum Recycling von geeigneten Abfällen im Rahmen ihrer Bautätigkeit bekennt und in ihren Ausschreibungen berücksichtigt.

## **SELBSTBESTIMMT IN ALLEN LEBENSLAGEN**

### **Freie Demokraten – die Partei der Bürgerrechte**

Freiheit ist ohne staatlichen Schutz nicht denkbar, sie muss vor Übergriffen Dritter, aber auch vor amtlichen Fehlern geschützt werden. Das Miteinander von Staat und Bürgern muss – soweit notwendig – klar geregelt und auch durchgesetzt werden.

Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger auf kommunaler Ebene ist ein unverzichtbares Element der Demokratie. Der unmittelbare Einfluss des Einzelnen in der Gemeinde muss gestärkt werden.

### **Innere Sicherheit**

Innere Sicherheit ist ein wesentliches Ziel liberaler Politik. Freiheit setzt voraus, dass die Menschen ohne Furcht vor Gewalt und Verbrechen leben können. Dazu muss die Polizei in der Fläche erhalten bleiben, von Verwaltungsarbeit entlastet und die Zahl der Polizeibeamtinnen und -beamten erhöht werden. Nur so können sie auf den Straßen präsent sein und Kriminalität effektiv bekämpfen.

### **Kommunale Ordnungskräfte**

Die personelle Ausstattung der Ordnungsdienste muss auf kommunaler Ebene verbessert werden. Diese können nur so eine sinnvolle Ergänzung der Vollzugspolizei sein. Bei Bedarf sollten die kommunalen Ordnungsdienste insbesondere bei Ruhestörungen, Müllproblematik, Vandalismus, Streitigkeiten, Belästigungen und sonstigen Dingen eingesetzt werden, die den Bürger empfindlich stören. So können auch die kommunalen Ordnungsdienste für die Sicherheit sorgen, die dem Bürger wichtig ist und vor Ort als Ansprechpartner zur Verfügung stehen.

### **Digitalisierung verändert die Wirtschaftswelt**

Digitalisierung wird nicht nur Auswirkungen auf die Industrie, sondern auch auf Handwerk, Dienstleistungen, Handel und Verkehr haben. Es entstehen völlig neue Wertschöpfungsketten und Netzwerke. Arbeitsinhalte und Arbeitsorganisation werden sich zum Teil signifikant verändern. Darauf müssen sich Unternehmen vorbereiten, um auch künftig wettbewerbsfähig sein zu können. Heute können viele Mittelständler den wirtschaftlichen Nutzen der Digitalisierung noch nicht umsetzen. Oft fehlen das Fachwissen und die Fachkräfte. Dazu sollten in Koordination mit der Wirtschaftsförderung vor Ort als Erstkontakt entsprechende Beratungsleistungen angeboten werden. Auf dieser Basis sollen Wirtschaftsförderer, Kammern und Verbände eng zusammenwirken, um mittelständische Unternehmen auf diesem Weg zu begleiten und zu qualifizieren. Beispielhaft ist hier das Kompetenzzentrum Digitales Handwerk zu nennen.

## Breitbandversorgung ausbauen

Der Ausbau der Breitbandversorgung ist Voraussetzung für zukunftsfähige Wirtschaftsstandorte. Betriebe leben vom Wissen und der schnellen Umsetzung ihrer Ideen in Produkte, Verfahren und Dienstleistungen. Digitalisierung und leistungsfähige Anbindung an das Internet sind Schlüsselfaktoren für Erfolg von Unternehmen. Kommunen müssen deshalb den schnellen Anschluss der Betriebe und Privathaushalte an ein leistungsfähiges Internet vorantreiben. Wo der Markt zu keiner ausreichenden Versorgung führt, müssen die Kommunen selbst tätig werden, um den Ausbau durch entsprechende Maßnahmen und Beschaffung notwendiger finanzieller Mittel zu organisieren.

## Netzwerke und Cluster fördern

Wirtschaft lebt von Vernetzung. Besonders mittelständische Unternehmen benötigen Kooperation und Know-how-Transfer mit anderen Unternehmen, Bildungsträgern, wissenschaftlichen und staatlichen Einrichtungen. Die Nutzung von Wissen und Kompetenzen in Netzwerken und Clustern fördert Innovation und Wettbewerbsfähigkeit.

Die Vernetzung sich ergänzender Unternehmen schafft Synergien und Mehrwerte. So entstehen neue Geschäftsideen, Produkte, Dienstleistungen und Arbeitsplätze. Die Einbindung von Startups fügt neues Wissen hinzu und fördert deren Entwicklung.

Regionale Cluster und Netzwerke leisten durch Bündelung von Kompetenzen bereits wichtige Beiträge zur Standortsicherung. Wir Freie Demokraten treten für die Förderung zukunftsorientierter Cluster auf Basis freiwilliger Kooperation von Betrieben ein.

Initiiert, unterstützt und überregional vernetzt werden müssen die Cluster durch Aus- und Weiterbildungseinrichtungen, Wirtschaftsförderung, Kammern und Verbände.

## Medizinische Versorgung

Digitale Sprechstunden und weitere telemedizinische Angebote ermöglichen uns einen schnellen und barrierefreien Zugang zu medizinischer Versorgung. Daher setzen wir uns für die Schaffung der entsprechenden infrastrukturellen Voraussetzungen ein.

Wir setzen uns ein für eine gute flächendeckende medizinische und pflegerische Versorgung für alle Generationen unserer Bevölkerung vom Säugling bis zum Greis.

Hierunter verstehen wir auch die wohnortnahe und patientenorientierte Versorgung.

Wir werden behutsame Maßnahmen unterstützen, die die sektorenübergreifende Versorgung unserer Bürger patientenorientiert und wohnortnah jetzt und in Zukunft sichert.

Das duale Facharztsystem und das duale Versicherungssystem sind zu stabilisieren.

Wir bekennen uns klar zur Freiberuflichkeit der Ärzte/innen und Psychotherapeuten/innen, zur Selbstverwaltung und zum Ende der Budgetierung.

Apothekenautomaten, wie im Pilotversuch getestet, sollten gerade in dünn besiedelten Landkreisen für den Nacht- und Wochenenddienst zugelassen werden.

## Gesundheit

Für Gebiete, in denen ein Ärztemangel besteht, ist die Ansiedlung bzw. Förderung staatlicher medizinischer Einrichtungen kein Allheilmittel. Wir unterstützen daher die Möglichkeit zentraler Zusammenschlüsse in fachlich interdisziplinären Partnerschaftsmodellen. In diesen Zentralen wird die ärztliche ambulante Bereitschaft in der praxisfreien Zeit sichergestellt – auch im ländlichen Bereich. Wir begrüßen in diesem Zusammenhang jegliche Anreizsysteme durch Kommunen und das Land. Gesundheitszentren können vor allem im ländlichen Raum die gesundheitliche Grundversorgung nachhaltig sichern. Diese ermöglichen eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Fachärzten; Befunde und eventuelle Überweisungen können aus einer Hand und unter einem Dach ablaufen.

Eine qualitativ bessere ärztliche Versorgung kann auch durch die Nutzung digitaler Kommunikation zwischen Arzt und Patient sowie zwischen Ärzten ermöglicht werden, beispielsweise durch Austausch großer Dateien und Ausbau der Videomedizin, wie sie etwa für die begleitende telemedizinische Versorgung/Beratung chronischer Kranker (Diabetiker, Herzkranker, Rheumatiker, Schmerzpatienten, etc.) möglich ist. Telemedizin kann dabei aber nur einen Teil der ärztlichen Tätigkeit erfassen, sie ersetzt jedoch auf keinen Fall den persönlichen Kontakt zwischen Arzt und Patient.

Wir unterstützen Weiterbildungs- und Niederlassungsprogramme, wie zum Beispiel den Weiterbildungsverbund Allgemeinmedizin in Landau, in dem eine allgemeinärztliche Weiterbildung zum Facharzt für Allgemeinmedizin absolviert werden kann, unter der Bedingung einer anschließenden fünfjährigen Arbeitstätigkeit in der Region.

Auch in der Krankenhausbehandlung können Fortschritte erzielt werden, indem bspw. Kinderstationen, wenn möglich, als Mutter-Kind-Stationen ausgebaut werden, um Kindern in dieser Situation Nähe zu vermitteln.

Aus diesem Grunde fordern wir:

- Die Schaffung von Medizinischen Zentren nach dem Vorbild des Medicenters Pirmasens.
- Ausschöpfung kommunaler Möglichkeiten, diese Zentren zu unterstützen oder als Partner zu gründen.
- Den verstärkten und beschleunigten Ausbau der Breitbandversorgung in den Kommunen.

## Krankenhäuser – Kooperation und weitergehende Spezialisierung

Die Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz befinden sich in einer Phase des Umbruchs. Die wirtschaftlichen Kennzahlen der Häuser machen deutlich, dass vor allem kleine kommunale Kliniken schon lange besonders unter Druck stehen.

Statt die Defizite Jahr für Jahr auszugleichen, ist es unumgänglich, Klinikverbünde zu bilden, die echte Verbünde darstellen und sich spezialisieren, d.h. unterschiedliche Leistungen anbieten, statt mit einem allumfassenden Leistungsangebot in Konkurrenz zu treten. Kooperation in einem Verbund und die damit einhergehende Spezialisierung führt zu einer Qualitätssteigerung für die Patienten und verbessert damit auch die Patientensicherheit.

Technische und fachspezifische Ressourcen müssen nicht doppelt vorgehalten werden, so dass eine wirtschaftliche Betriebsführung der beteiligten Kliniken möglich wird.

Wir werden solche Verbände fördern und betrachten sie als die beste Option, um eine qualitativ hochwertige und bezahlbare stationäre Versorgung auch und gerade im ländlichen Raum vorhalten zu können.

## **Pflege**

Auch im Bereich der Pflege möchten wir das Prinzip ambulant vor stationär konsequent verfolgen und eine Pflege in den eigenen vier Wänden so lange es geht ermöglichen. Dies entspricht nicht zuletzt den Vorstellungen und Wünschen vieler Pflegeempfängerinnen und -empfänger sowie deren Angehörigen.

Eine Erhöhung der Tagespflegeplätze zur temporären Entlastung der pflegenden Angehörigen ist dringend notwendig und zu fördern.

Neben ambulanter häuslicher Pflege und stationärer Betreuung sind alternative Wohnformen zu unterstützen und zu fördern.

Hierfür müssen gesetzliche Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass die ambulante pflegerische Versorgung dieser Wohngruppen ohne den derzeitigen bürokratischen Aufwand und die viel zu hohen Anforderungen, die an die Betreiber gestellt werden, ermöglicht werden kann.

Darüber hinaus setzen wir uns für die Förderung der privaten Pflegedienste ein, denn bei der stetigen Zunahme alter und pflegebedürftiger Menschen werden zunehmend auch private Pflegedienste benötigt, um den steigenden Bedarf zu decken.

Ambulante Pflege muss gut organisiert sein, um zum Wohl der Pflegebedürftigen ohne Reibungsverluste effizient zu funktionieren. Wir werden deshalb den Aufbau von Versorgungsnetzwerken mit patientenorientierter Kooperation der hausärztlichen, pflegerischen und palliativen Versorgung fördern.

## **Hebammen – fundamentaler Baustein und kommunaler Standortfaktor**

Hebammen leisten über ihre Tätigkeit als Geburtshelferin hinaus einen sehr grundlegenden gesellschaftlichen Beitrag. Sie geben Sicherheit in Zeiten der von der übrigen Familie entfernt lebenden Kleinfamilie und sind deshalb ein fundamentaler Baustein für unsere Gesellschaft.

Als Familienhebammen mit entsprechender Zusatzausbildung leisten sie zudem Beistand in besonders schwierigen Situationen, wie etwa bei Teenagerschwangerschaften, psychischen oder Gewaltproblemen und für Frauen und Familien mit Migrationshintergrund. Mit dieser frühen Hilfe entlasten sie die Jugendämter und wirken in hohem Maße präventiv.

Das Angebot an Hebammen und damit auch die begleitende Hilfe der Hebammen vor Ort ist akut gefährdet, obwohl ausreichend Hebammen ausgebildet werden. Leider ist die Verweildauer im Beruf sehr kurz. Die bei weitem der Leistung nicht angemessene Bezahlung in Verbindung mit enorm gestiegenen Haftpflichtversicherungsprämien kommen fast einem Berufsverbot gleich. Immer mehr Hebammen geben auf. Dies führt bei den verbleibenden zu noch höheren Arbeitsbelastungen. Die Negativspirale wird dadurch zusätzlich beschleunigt. Diese Entwicklung gilt es auf Landes- und Bundesebene zu verhindern.

Unsere Kommunen können auf die frühe Hilfe der Hebammen in Bezug auf die Jugendämter und auf das Angebot vor Ort nicht verzichten.

Deshalb fordern die Freien Demokraten:

- die wohnortnahe Versorgung durch Hebammen als wichtigen Standortfaktor
- die Fortführung der Frühen Hilfen der Kommunen gemäß der Bundesinitiative Frühe Hilfen

## **Sport hat Verfassungsrang**

Der Sport leistet einen wertvollen Beitrag zur Gesundheit und unterstützt Integrationsmaßnahmen. Die präventiven Leistungen des Sports haben einen hohen Stellenwert für das Gemeinwohl.

Alle Gemeinden, unabhängig von der Haushaltssituation, sollten daher berechtigt sein, ortsansässige Sportvereine finanziell zu unterstützen.

Dies gilt auch für den Unterhalt und Ausbau vereinseigener Sportstätten.

Eine kostenfreie Nutzung kommunaler Sportstätten muss weiter garantiert werden.

Die Vergabe der Nutzungszeiten und Kapazitäten muss transparent gestaltet werden, gegebenenfalls durch ein Online-Portal.

## **Demographischer Wandel**

Die älter werdende Gesellschaft stellt neue Anforderungen an die Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Vereinen. Diese sollen daher gemeinsam Planungen einleiten, die zum Aufbau sportlicher Angebote für ältere Mitbürger führen. Dabei notwendige bauliche Maßnahmen und die Ausstattung der Räume soll von Kommunen unterstützt werden.

## **Sport in Naturräumen, öffentliche Bolzplätze, Kinderspielplätze**

Alle Gebietskörperschaften sollen im Rahmen ihrer Flächennutzungspläne in Absprache mit den ortsansässigen Sportvereinen multifunktionale Flächen für Ballsport und weitere individuelle Bewegungssportarten einplanen.

Es ist anzustreben, dass jede Gemeinde sich eine Spielplatzkonzeption erstellt.

## FREIHEIT UND MENSCHENRECHTE WELTWEIT

### Kommunen für ein starkes Europa

Europa ist auch eine kommunale Aufgabe. Die Entscheidungen und die Gesetzgebung der Europäischen Union (EU) haben sich in den vergangenen Jahren sehr stark auch auf die kommunale Ebene ausgeweitet. Beispielhaft seien die Einhaltung der Richtlinie für die öffentliche Auftragsvergabe, die Beihilfekontrolle und die Kofinanzierung von Fördermitteln genannt. Fragen des Europarechts und der Europapolitik sind eine Querschnittsaufgabe der Verwaltung, wobei es in den Kommunen häufig an der notwendigen Sachkenntnis und den personellen Ressourcen fehlt, um mit den europäischen Verordnungen und Richtlinien sachgerecht umzugehen.

Die Liberalen treten aber auch dafür ein, dass die Interessen der Kommunen in den Entscheidungsprozessen der EU Berücksichtigung finden. Damit soll sichergestellt werden, dass die EU so wenig wie möglich und so viel wie notwendig dort eingreift, wo die Interessen der Kommunen betroffen sind. Im Gegenzug obliegt es den Kommunen, die Grundsätze des europäischen Rechts zu beachten und die vielfältigen Potenziale des geeinten Europas aktiv für sich zu nutzen.

Konkret fordert die FDP:

1. Die Kommunen sollen helfen, die Vorteile Europas den Bürgern näher zu bringen, um die Grundeinstellungen zu Europa zu verbessern und Standort Europa zu stärken.
2. Auf Kreisebene und in größeren Städten werden Beauftragte für Europafragen ernannt, die kommunalrelevante Themen auf EU-Ebene begleiten und nach deren Umsetzung in Verordnungen oder Richtlinien darauf hinwirken, dass diese auch fristgerecht in den Verwaltungen umgesetzt werden.
3. Die Wahrung des Rechts auf kommunale Selbstverwaltung bei allen Rechtsakten der EU, insbesondere in den Bereichen Daseinsvorsorge (Strom, Gas, Wasser, ÖPNV) auch im Hinblick auf die interkommunale Zusammenarbeit.
4. Die konsequente Beachtung der Grundsätze der Transparenz und der Nichtdiskriminierung gegenüber Bieter\*innen aus anderen Mitgliedsstaaten bei Ausschreibungen von öffentlichen Aufträgen und Konzessionen.
5. Die Anhebung der Schwellenwerte für europaweite Ausschreibungen im Rahmen der Überarbeitung des Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen zwischen der EU und den unterzeichnenden Drittstaaten bei den Welthandelsorganisationen.
6. Eine Verminderung der Lärmbelästigung durch den wachsenden internationalen Schienengüterverkehr im Rheintal im Zusammenhang mit dem Ausbau des europäischen Korridors Rotterdam-Genua, falls notwendig durch strengere Vorschriften in der EU-Umgebungslärmrichtlinie.
7. Die Pflege und den weiteren Ausbau der von der EU geförderten kommunalen Partnerschaften mit Kommunen in anderen Mitgliedstaaten als wichtiger Beitrag zur gelebten europäischen Einigung.

8. Die Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen den Kommunen in den Bereichen Kultur, Bildung, Wissenschaft und Sport unter Rückgriff auf bewährte Strukturen (Oberrhein-Region, Saar-Lor-Lux, Partnerschaftsverband Rheinland-Pfalz, Burgund, Opoln und Mittelböhmen) und entsprechende EU-Förderprogramme (z.B. COMENIUS-Regio-Partnerschaften).

## Die Rolle der Kommunen stärken

Wir setzen uns dafür ein, die Rolle der Kommunen im Rahmen des institutionellen Gefüges der EU zu stärken, z. B. im Ausschuss der Regionen (AdR). Wir stärken die kommunalen Vertretungen in Europa, insbesondere den Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates (KGRE) und den Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE). Sie ermöglichen gerade auch kleineren Kommunen, ihre Interessen auf europäischer Ebene zu vertreten.

## Europäische kommunale Netzwerke weiterentwickeln

Wir treten dafür ein, in thematisch ausgerichteten europaweiten Netzwerken, (wie bspw. Cities for Mobility, Eurocitys) ähnlich gelagerte Probleme zu diskutieren, beste Praktiken austauschen, gemeinsame Projekte durchzuführen und so den aktuellen Herausforderungen zu begegnen.

Ein weiteres Ziel bei der Bildung von Netzwerken ist die Koordinierung einheitlichen Auftritts in Europa. Hinsichtlich des kollektiven Auftritts der Kommunen sollte das Bemühen intensiviert werden, die Vieltimmigkeit der kommunalen Interessenvertretung in Europa zu reduzieren und zu konzentrieren.

Eine besondere Verantwortung tragen dabei

- Europabüros der kommunalen Spitzenverbände in Brüssel.
- der Europaarbeit der einzelnen Fachdezernate der kommunalen Spitzenverbände.
- die Landesvertretung des Landes in Brüssel, die sich verstärkt auch als Dienstleister für die Kommunen begreifen muss.

## Europakompetenz in Rat und Verwaltung

Wir wollen die Europakompetenz der Kommunen stärken. Auf der Ebene der Kommune dient hierzu etwa der Aufbau von Informationssystemen nach innen und außen, die Erhöhung der Europakompetenz in Rat und Verwaltung, die Vernetzung mit anderen europäischen Städten. Wir wollen auf kommunaler Ebene Europabeauftragte benennen, die die relevanten Informationen sammeln, auswerten und innerhalb der Verwaltung weiterleiten und EU-Förderanträge koordinieren. Sie sollen auch eine aktive Öffentlichkeitsarbeit gegenüber den Bürgern ausüben und somit den europäischen Gedanken z. B. in den jährlichen Europawochen und in einer Unterstützung europafreundlicher Bürgerbewegungen und Vereine weitertragen.

## Regionalpolitik zukunftsgerecht weiterentwickeln

Die europäische Regionalpolitik muss auf den Prüfstand. Wir treten dafür ein, die Mittel der Regionalfonds zielgerichteter und effizienter einzusetzen. Sie sollen vor allem mittelständischen Unternehmen zugutekommen und den Schwerpunkt bei der Förderung von Innovation und zukunftsorientierter Infrastruktur wie der Breitband- und Digitalisierungsinfrastruktur haben.

## Freiheit und Menschenrechte weltweit

Wir sehen in der Integration von Menschen, die neu zu uns kommen, große Chancen für unsere gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Weiterentwicklung, im ländlichen Raum genauso wie in städtischen Strukturen. In der Integrationspolitik kommt den Kommunen eine Schlüsselrolle zu, denn sie leisten die operative Umsetzung. Nur wenn Integration vor Ort erfolgreich und nachhaltig gelingt, werden wir im alltäglichen Zusammenleben davon profitieren.

Wir wollen, dass die Kommunen für diese Aufgabe mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattet werden. Wir wollen die Kommunen in ihrer Integrationsarbeit schützen und fördern, indem sie klare Rahmenbedingungen und damit Berechenbarkeit für ihr Handeln vor Ort haben. Dazu gehört, dass die gesetzlichen Regelungen der Asyl-, Zuwanderungs- und Integrationspolitik auf Bundesebene eindeutig geklärt und umgesetzt werden. Dies betrifft die Unterscheidung zwischen Menschen, die nach dem Asylrecht (d.h. mit Bleibeperspektive), aufgrund der Gewährung von subsidiärem Schutz (d.h. denen in ihrem Herkunftsland ein ernsthafter Schaden droht, die aber hier keine Bleibeperspektive haben) oder im Zuge der Fachkräftezuwanderung bei uns sind. Auf Bundes- und Landesebene muss dafür gesorgt werden, dass die Entscheidungen über Anerkennung und Bleiberecht bzw. über Rückführung von Menschen ohne Bleibeperspektive in angemessenem Zeitrahmen getroffen und konsequent umgesetzt werden. Kommunen sollen zudem mitentscheiden dürfen über die ihnen zugewiesenen Kontingente und sich wehren können gegen Überforderung.

Wir wollen die Motivation, die Innovationskraft und die Eigenständigkeit der Kommunen stärken, damit Integration erfolgreich gelingt. Wir sehen Integrationsarbeit als konzertierte Aktion von Kommunalpolitik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und bürgerschaftlichem Engagement. Deshalb wollen wir alle relevanten Akteure vor Ort unterstützen und Anreize bieten, eigenständig, nachhaltig und innovativ Konzepte zu entwickeln und umzusetzen. Als Freie Demokraten stehen wir gerade in der für unsere Zukunft so zentralen Migrations- und Integrationspolitik für einen klaren ordnungspolitischen Kurs. Und wir wollen mehr Transparenz, z.B. im Sinne von Best Practice-Modellen für Integrationserfolge, sowie faire Rahmenbedingungen, intelligente Anreizsysteme und Sanktionsmöglichkeiten umsetzen. Denn auch hier soll das liberale Prinzip gelten, dass sich Leistung und Engagement vor Ort lohnen müssen.

## Truppenstandorte sind ein wichtiger Faktor für die Region

Die FDP setzt sich vor Ort für die Erhaltung der Bundeswehrstandorte und der Standorte unsere Nato-Partner ein.

Rheinland-Pfalz liegt im Herzen Europas. Im Rahmen einer angedachten europäischen Verteidigungsunion müssen neue Truppenkontingente einer gemeinsamen europäischen Armee aufgestellt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Teile dieser möglichen Kontingente an den bestehenden Standorten in Rheinland-Pfalz angesiedelt werden.

## Interkommunale Zusammenarbeit

In Verbindung mit der Digitalisierung der Kommunen sollte über eine Zentralisierung von Verwaltungen und der jeweiligen Abteilungen nachgedacht werden. Das Bündeln von Kompetenzen und Erfahrungen sowie einheitliche Standards und Prozesse in der Bearbeitung erhöhen die Effizienz, verringern damit Kosten und setzen vor allem personelle Ressourcen frei.

Man sollte sich nicht scheuen, externe Beratung zur Bewältigung dieser Aufgabe einzubeziehen. Das Management der geplanten Veränderungen ist der erste Schritt, der zweite ein verwaltungseigenes Controlling und Qualitätsmanagement. Die Bündelung sollte sich nicht auf Kompetenzen beschränken, sondern auch die physischen Fähigkeiten der Kommunen erfassen. Das kann bedeuten, dass Maschinen und Bedienpersonal überkommunal eingesetzt werden. Es muss vermieden werden, dass Ausstattung doppelt angeschafft und dann nicht ausgelastet wird, weil die unterschiedlichen Verwaltungen keine Kenntnis über die maschinelle und personelle Ausstattung der anderen haben. Hier sollten die Möglichkeiten der Digitalisierung genutzt werden: Eine entsprechende Datenbank ist anzulegen.

Eine Zusammenarbeit bei den Feuerwehren, über die Verbandsgemeindegrenzen hinaus wäre absolut sinnvoll und muss von Seiten der Genehmigungsbehörden gefordert werden. Zum Teil stehen zwei gleichwertige Fahrzeuge, die viele hunderttausend Euro kosten, in unmittelbarer Nachbarschaft: dies muss nicht sein.

## Strategische Ausrichtung des Tourismus als harter Wirtschaftsfaktor

Ziel der Freien Demokraten ist es, im Tourismus Wachstum durch Wertschöpfung zu generieren, indem ganzheitliche Wirtschaftskreisläufe geschaffen werden. Tourismus muss als kommunales Querschnittsthema behandelt werden. Nur so lassen sich Synergien nutzen. Dies geht im Sinne eines ganzheitlichen Verständnisses über die rein wirtschaftliche Bedeutung des Tourismus als hartem Wirtschaftsfaktor hinaus. Zu berücksichtigen sind dabei die Wechselwirkungen der Tourismuswirtschaft mit anderen Wirtschaftsbranchen und Aufgabenbereichen wie z.B. Kultur, Weinwirtschaft, Städtebau und Dorfentwicklung sowie Baukultur, Landschafts- und Naturschutz.

Damit auch der ländliche Raum zunehmend vom Tourismus profitiert, soll der Ausbau seiner touristischen Infrastruktur gestärkt werden. Dies bezieht sich jedoch nicht nur auf den Ausbau von Rad- und Wanderwegen. Vielmehr geht es um barrierefreie Mobilität sowie den Ausbau digitaler und medizinischer Versorgung im ländlichen Raum.

Tourismus soll künftig nicht nur für Gäste gedacht sein, sondern als harter Standortfaktor ganz bewusst an der Lebenswirklichkeit der Einheimischen sowie der Unternehmen der Region ausgerichtet werden.

Denn die Attraktivität einer Region ist auch wichtiges Entscheidungskriterium für die Ansiedlung von Unternehmen und Arbeitskräften.

All dies kann nur gelingen, wenn touristische Struktur und Organisation optimiert werden. Wir müssen in Rheinland-Pfalz, vor allem auf lokaler Ebene, wegkommen von Zersplitterung und Kleinteiligkeit, um vorhandene Ressourcen effizient einzusetzen. Hierzu ist die Bündelung von Fachwissen und von finanziellen Mitteln notwendig.

## **Tourismuswachstum durch ganzheitliches Regionalmarketing**

Damit die Tourismuseinkünfte in den kommenden Jahren dynamischer wachsen, ist es notwendig, Schwerpunkte bei der Vermarktung zu setzen und Besonderheiten herauszuarbeiten. Unsere regionale Identität muss dabei klar erkennbar sein, sodass ein scharfes regionalspezifisches Profil entsteht. Nur so ist ein imageprägender Auftritt am Tourismusmarkt möglich. Ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch mit anderen touristischen Destinationen gibt dazu wertvolle Impulse und zeigt neue Perspektiven auf.

Dabei ist es wichtig, den Fokus nicht ausschließlich auf der touristischen Außenvermarktung zu legen. Ein in diesem Kontext oft unterschätzter Punkt ist das Innenmarketing. Dazu ist es von besonders hoher Bedeutung, dass die touristischen Akteure einer Region, aber vor allem auch die Menschen vor Ort, ihre Identität, Traditionen sowie regionalen Highlights aktiv leben und authentisch präsentieren.

## **Stärkung des Gastgewerbes als Säule des Tourismus**

Eine der Grundlagen, damit Rheinland-Pfalz im touristischen Wettbewerb national und international gut gerüstet ist, ist unser Gastgewerbe. Durch einzelbetriebliche Förderung, Abbau bürokratischer Hürden, Einführung von Arbeitszeitkonten, Unterstützung bei Betriebsübernahmen sowie Lösungsansätzen beim Thema Fachkräftemangel müssen wir unser Gastgewerbe als Rückgrat der Tourismusentwicklung stärken.

Jedoch sollte jeder Betrieb im Gastgewerbe prüfen, ob ein technisch gut aufbereiteter und ansprechender Internetauftritt in Kombination mit einer Online-Buchbarkeit Grundvoraussetzungen im eigenen Geschäftsmodell sind.

Das Gastgewerbe mitsamt vielen weiteren Leistungsträgern leidet zudem unter einer schlechten Auslastung in der Nebensaison. Daher muss es ein weiteres Ziel sein, die Saisonalität, welche in Rheinland-Pfalz relativ stark ausgeprägt ist, durch ganzjährige und witterungsunabhängige Angebote abzufangen. Eine Möglichkeit kann hierbei die Förderung des Städte- und Geschäftsreisetourismus sein.

Eine große Chance, die Bettenauslastung zu steigern und damit auch der Saisonalität entgegenzuwirken, sehen wir in der Ausrichtung von Großveranstaltungen. Beispielsweise zeigt der BUGA-Effekt, wie nachhaltig positiv eine Region von solch einer Veranstaltung geprägt werden kann.

## Gesellschaftliche Vielfalt und Mitmacher

Wie Menschen verschiedener Herkunft miteinander auskommen, wie sie hier leben und integriert sind und welchen Rechtsstatus sie genießen, ist von maßgeblicher Bedeutung für den Zusammenhalt, den inneren Frieden und die Toleranz in unserer Gesellschaft. Liberale Kommunalpolitik ist in ihrem Kern integrativ und weltoffen. Sie wendet sich gegen die Ausgrenzung einzelner Bevölkerungsgruppen und gegen die Bildung von Teilgesellschaften. Dabei begreift die FDP Integration als einen kontinuierlichen gesellschaftlichen Prozess nach dem Grundsatz von „Fördern und Fordern“, mit dem Ziel, Pluralität und Zusammenhalt zu fördern. Gesellschaftliche Vielfalt kann kreative Potentiale freisetzen, die Wohlstand und Lebensqualität für alle mehren. Unser Blick muss auf das gelenkt werden, was einer kann, und nicht auf das, wo einer herkommt oder woran er glaubt. Dies kann nur durch Anstrengungen sowohl der Einheimischen als auch der Zugewanderten erreicht werden, durch aktives Bemühen und Annahme der Integrationsangebote. Ob eine Integration gelingt oder nicht, entscheidet sich gerade in den Städten und Gemeinden.

Aus diesem Grunde fordern wir:

- Ein kommunales Integrationskonzept auf Kreis-, Stadt- und Verbandsgemeindeebene. Wichtig ist vor allem eine bessere Vernetzung der kommunalen Anlaufstellen für Migrantinnen und Migranten.
- Verstärkte Sprachförderung der Kinder bereits mit Eintritt in die Kindertagesstätten mit Hilfe des Landes. Kinder, die nicht die Kindertagesstätten besuchen und Sprachförderbedarf haben, sind ebenso zu fördern. Aus diesem Grunde fordern wir, dass jedes Kind mit Förderbedarf eine optimale Sprachförderung erhält, um es für den weiteren Bildungsweg zu qualifizieren. Dabei geht es in erster Linie um die Vermittlung deutscher Sprachkenntnisse.
- Die Vermittlung interkultureller Kompetenz für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung durch Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote.
- Zum Abbau von Vorurteilen, die Möglichkeiten der Begegnungen und des gegenseitigen Kennenlernens zu stärken.
- Die direkte Ansprache von Zugewanderten und deren Ermutigung, an der Arbeit in kommunalen Gremien, Ausschüssen und Parteien teilzuhaben.
- Die Unterstützung von Patenschaften und die Stärkung des ehrenamtlichen Engagements integrierter und neuer Bürger durch Anerkennung deren Leistungen.

## Chancen für alle und mehr Selbstbestimmung ermöglichen

Wir Freie Demokraten setzen uns für Chancengerechtigkeit zwischen Frauen und Männern ein und haben großen Respekt vor allen Formen des Zusammenlebens, in denen Menschen füreinander Verantwortung übernehmen.

Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen leisten eine unverzichtbare Arbeit und sind weiter zu unterstützen.

Zudem setzen wir uns für den Erhalt von Kinderschutzräumen in den Frauenhäusern ein.

Die Bedürfnisse von Flüchtlingen, die vor geschlechterspezifischer Verfolgung geflohen oder in einer bestehenden Partnerschaft sexualisierter Gewalt ausgesetzt sind, müssen ebenfalls besonders berücksichtigt werden.

Die notwendige Qualifikation der Mitarbeiter/-innen in den Frauenberatungsstellen, Schutzhäusern und in den mit der Betreuung von Flüchtlingen betrauten Institutionen ist besonders zu fördern. Selbstbestimmung ist durch Aufklärung möglich. Hier gilt es, den Geflüchteten und Migrantinnen Werte unserer Gesellschaft näher zu bringen und sie aktiv zu unterstützen.

### **Kommunen bilden das Rückgrat der Integrationsarbeit**

Die Integration von geflüchteten Menschen stellt die Kommunen und die Gesellschaft vor vielfältige Herausforderungen.

Für eine gelingende Integration braucht es gemeinsame Anstrengungen aller staatlichen Ebenen und der Zivilgesellschaft. Besonders Kommunen und Initiativen engagierter Bürgerinnen und Bürger bilden das Rückgrat der Integrationsarbeit vor Ort.

## **POLITIK, DIE RECHNEN KANN**

### **Verschuldung der Kommunen senken**

Die FDP setzt sich für eine Finanzpolitik auf Landes- und Kommunalebene ein, die den kommenden Generationen Spielräume eröffnet, um den Herausforderungen von morgen gerecht zu werden und diese aktiv gestalten zu können. Für Freie Demokraten gehören Schuldenabbau, ausgeglichene Haushalte und nachhaltige Investitionen zu einer ernst gemeinten Generationengerechtigkeit.

Nach wie vor sind deutlich zu viele rheinland-pfälzische Kommunen in unvertretbarem Maße verschuldet. Ein Abbau der Schuldenberge ist vielfach nicht absehbar. Bei realistischer Risikobewertung ist davon auszugehen, dass es nicht dauerhaft bei der aktuell niedrigen Zinslage bleiben wird. Eines der wichtigsten Ziele der FDP ist es daher, die aktuelle Schuldenspirale zu stoppen. Nur wenn es gelingt, Städte und Gemeinden auf wirtschaftlich gesunde Beine zu stellen, können die künftigen Infrastruktur- und Sozialaufgaben realisiert und dauerhaft gesichert werden. Weltbeste Bildung, leistungsstarke digitale Infrastrukturen und wichtige Investitionen sind nur mit adäquater Ausstattung der Kommunen umsetzbar.

### **Kommunalen Entschuldungsfonds (KEF) Rheinland-Pfalz anpassen**

Der Kommunale Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz (KEF) soll überprüft werden, wobei gewonnene Erkenntnisse in künftige Vorhaben und Verfahren einzubinden sind. Kommunen benötigen kalkulierbare Einnahmen und Ausgaben zur verlässlichen und belastbaren Haushaltsplanung. Die Bewertung kommunaler Leistungsangebote als freiwillige bzw. als Pflichtaufgaben ist klarer als bisher zu definieren. Nicht jede als freiwillig einzustufende Leistung der Gebietskörperschaften sollte im Kontext des Entschuldungsfonds als solche bewertet werden. Gerade für Infrastrukturmaßnahmen ist eine Wirtschaftlichkeit, direkt oder in Form einer Umwegrentabilität, darstellbar. Daher sind solche Vorhaben als Investitionen in Standortattraktivität und -zukunftsfähigkeit kommunaler Leistungsträger individuell zu bewerten und gegebenenfalls vom KEF zu begünstigen. Bisherige Verfahrensweisen sind zu überprüfen und wenn nötig anzupassen. Fragen dringender gegebener Schuldenrückführung dürfen nicht einseitig zu Lasten infrastrukturell und bildungspolitisch notwendiger Investitionen erfolgen.

### **Kassenkredite**

Kassenkrediten, die vergleichbar privaten Dispositionskrediten meist auf konsumtiven Ausgaben beruhen, steht anders als bei Investitionen oft kein wirtschaftlicher Nutzen entgegen. Ihr starker Anstieg ist auch auf kleinteilige Verwaltungsstrukturen zurückzuführen. Kassenkredite sind kritisch zu analysieren, um Kommunen durch angemessene und sachorientierte Kommunalreformen und Verwaltungsstrukturen wieder wirtschaftlichen Freiraum zu schaffen. Dem Anstieg der Kassenkredite ist durch eine an klaren sachlichen Kriterien ausgerichtete Genehmigungspflicht entgegenzuwirken.

## Kommunale Haushalte sanieren

Bei weiter steigender kommunaler Verschuldung ist bisher nicht klar, wie mit diesem Zustand langfristig umzugehen ist. Auch wie mit nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbeträgen in öffentlichen Bilanzen umgegangen werden soll, ist bisher nicht geregelt. Weder Gemeindeordnung noch Gemeindehaushaltsverordnung geben hier klare Regelungen vor. Auch wenn Kommunen faktisch nicht insolvenzfähig sind, kann dauerhaftes Anwachsen negativen Eigenkapitals nicht länger hingenommen werden. Haben Gebietskörperschaften dauerhaft höhere Schulden als Vermögenswerte, müssen sich zwangsläufig Rechtsfolgen ergeben. Kommunales Insolvenzrecht kann hier ein wichtiger Lösungsansatz sein: Kommunen, die ihre haushaltsmäßige und finanzielle Handlungsfähigkeit verloren haben, müssen mit konsequentem Einschreiten der Kommunalaufsicht rechnen. Da es sich hier um den größtmöglichen Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung handelt, sind für diese Ultima-Ratio-Maßnahme jedoch klare Tatbestandsvoraussetzungen und Grenzen zu definieren.

Diese Mechanismen sollen dafür sorgen, dass betroffene Kommunen konsequente Beschränkungen auf Aufgaben der Daseinsvorsorge und sukzessive Rückführung der Verbindlichkeiten umsetzen. Vergleichbar mit privaten Unternehmen sollen Kommunen dazu verpflichtet werden, geeignete Sanierungsmaßnahmen umzusetzen, um finanzielle Abwärtstrends zu stoppen und Fehlbeträge zurückzuführen.

## Kommunale Schuldenbremse

Die Pro-Kopf-Verschuldung der Gemeinden in Rheinland-Pfalz lag bereits 2015 weit über dem Durchschnitt der Flächenländer. Die FDP fordert neben Unterstützung beim Schuldendienst durch das Land (z.B. durch den Kommunalen Entschuldungsfonds RLP) eine flächendeckende Begrenzung der kommunalen Neuverschuldung und tritt für die Etablierung einer – auf Bundes- und Landesebene bereits existierenden – Schuldenbremse im Bereich der Kommunen ein. So kann verhindert werden, dass sich Bund und Länder durch weitere Aufgabenverlagerungen, ohne Weitergabe entsprechender Ressourcen, zu Lasten der Kommunen besserstellen.

Im Verhältnis Bund-Land-Kommune ist nach dem Grundsatz „Wer bestellt, bezahlt“ auf Einhaltung des Konnexitätsprinzips zu achten. Bund und Land haben Kommunen in vergangenen Jahrzehnten eine Vielzahl neuer Aufgaben, vor allem im Rahmen sozialer Sicherungen, übertragen. Die dazu erforderlichen Finanzmittel wurden Kommunen jedoch nicht im erforderlichen Umfang bereitgestellt. Eine Delegation öffentlicher Aufgaben ohne Weitergabe entsprechender Finanzierungsmittel ist zur Vermeidung weiterer kommunaler Belastungen zwingend zu unterbinden. Der Bund soll infolge der beschlossenen Sozialgesetzgebung entstandene Kostenanteile der Kommunen stufenweise übernehmen. Die Einhaltung der Konnexität ist zwingende Voraussetzung für eine funktionierende kommunale Selbstverwaltung und die Demokratie vor Ort.

## Moderne Verwaltung

Die öffentliche Hand muss sich mit qualifizierten Mitarbeiter/innen in einer effizienten Verwaltung auf ihre Kernaufgaben konzentrieren. Der Einfluss der Parteien muss sich auf Einsetzung von Wahlbeamten beschränken. Verwaltungsmitarbeiter sind streng nach Eignung und Befähigung auszuwählen und zu fördern. Das Besoldungs-, Laufbahn- und Versorgungsrecht muss aufgrund immer komplexer werdender Anforderungen und angesichts zunehmenden Fachkräftemangels zu einem flexiblen und leistungsorientierten Dienstrecht ausgebaut werden. Nur so können bestens ausgebildete Mitarbeiter für Verwaltungen akquiriert und langfristig gebunden werden. Moderne digitale Infrastrukturen müssen effizientes Arbeiten ermöglichen. So können Ressourcen gebündelt sowie sinnvoll und wirtschaftlich genutzt werden (z.B. durch gemeinsame kommunale Rechenzentren oder Cloud-Lösungen). Sie können gleichzeitig die Grundlage sein für flexible Arbeitsmodelle, z.B. im Rahmen von „Beruf und Familie“.

Der Landesrechnungshof hat seit dem Kommunalbericht 2009 wiederholt auf die Notwendigkeit umfassender Gebietsreformen unter Einbeziehung aller kommunalen Gebietsebenen hingewiesen. Die finanziellen Auswirkungen der bisherigen Reformmaßnahmen sind zu gering, um nennenswerte Verbesserungen der kommunalen Finanzlage zu leisten. Daher muss die kommunale Entwicklung künftig stärker Grundsätze der Eigenverantwortung und des unternehmerischen Denkens beinhalten: Schlanke Verwaltung und mehr bürgernahe Dienste; kurz gesagt, eine modernere öffentliche Verwaltung. Die Freien Demokraten setzen sich daher für die Überprüfung von Anforderungen und Standards auf allen Ebenen der Landes- und Kommunalverwaltungen sowie für eine umfassende Verwaltungs- und Gebietsreform ein.

Durch Bündelung von Zuständigkeiten können effektive Verwaltungszentren geschaffen werden. Besonderheiten vor Ort ist dabei adäquat Rechnung zu tragen. Wichtiges Know-how zu individuellen Problem- und Lösungsstrukturen ist zu sichern. Qualitative Verbesserungen sind voranzutreiben, ihre Wirtschaftlichkeit ist zu sichern. Ziel sind leistungsfähigere Verwaltungsstandorte, die für die alternde Gesellschaft mehr Service vor Ort bieten. Dazu gehören auch mobile digitale Dienste. Moderne Informationstechnik unterstützt viele Bereiche alltäglicher Kommunikation. Diese muss auch in Verwaltungen nutzbar sein. E-Government-Technologien sind weiter auszubauen, um Wege zur Verwaltung zu ersparen und die Bearbeitung von Anliegen zu vereinfachen und zu beschleunigen. So kann Fachkompetenz gebündelt, können Prozesse vereinheitlicht und beschleunigt, IT-Systeme zentralisiert und Verwaltungseffizienz erhöht werden. Ausgangspunkt aller Überlegungen ist die Frage: „Welche Leistungen müssen als öffentliche Kernkompetenzen angeboten werden, wie sehen die notwendigen Prozesse aus und welche Strukturen müssen dafür geschaffen werden?“

## Verbesserung der kommunalen Einnahmen

Auch Kommunen selbst müssen zur Haushaltskonsolidierung und Rückführung kommunaler Schulden beitragen. Neben der durch Finanzausgleich von Bund und Land sicherzustellenden Mindestfinanz Ausstattung der Kommunen sind diese gehalten, eigene Steuerquellen auszuschöpfen. Art und Umfang obliegen als Ausdruck kommunaler Selbstverwaltung den Kommunen selbst. Finanzprobleme sind jedoch nicht nur mit weiteren Steuererhöhungen zu lösen, sondern auch durch Effizienz in der Verwaltung, Ausgabenkürzungen und faire Finanzierung und Lastenverteilung bei öffentlichen Leistungen.

Zur Sicherung ihrer Finanzausstattung sind Gebietskörperschaften jedoch vielfach gezwungen, rechtliche Möglichkeiten der kommunalen Steuerhoheit auszuschöpfen. Die Erhöhung der Realsteuerhebesätze belastet dabei, ebenso wie einige neu etablierte kommunale Steuern und Abgaben, Haushalte und Unternehmen.

## Keine weiteren Steuerbelastungen

Vor allem bei Realisierung eigenen Wohneigentums sollen Bürger unterstützt werden. Eigengenutzte Immobilien sind ein zentraler Baustein privater Absicherung und Altersvorsorge. Eine weitere Belastung mit höheren Grundsteuerbeträgen ist zu vermeiden. Auch Unternehmen muss die Chance geboten werden, ihre Erträge zu investieren, zu wachsen und mit innovativen Entwicklungen Arbeitsplätze zu schaffen. Vor allem die für private Hausbesitzer und Gewerbetreibende relevanten Realsteuern (Grund- und Gewerbesteuer) dürfen nicht zur Kompensation einer fehlenden Konnexität oder zum Ausgleich von strukturellen und aus operativen Pflichtaufgaben resultierenden Defiziten in den Kommunen herangezogen werden. Nur so können rheinland-pfälzische Kommunen dauerhaft gesichert und ausgebaut werden.

## Abschaffung des Fonds Deutsche Einheit

Eine Belastung mit weiteren Steuern, wie Erhöhung der Gewerbesteuer über Anhebung der Hebesätze vor Ort, entzieht der Wirtschaft wichtiges Kapital. Um Kommunen die Notwendigkeit solcher Maßnahmen zur Erzielung dringend notwendiger Einnahmen zu ersparen, wird zur Kompensation u.a. die tatsächliche Umsetzung der bereits beschlossenen Abschaffung der kommunalen Beiträge zum Fonds Deutsche Einheit vorgeschlagen. Dieses Finanzierungsinstrument zur Stärkung der Finanzkraft der neuen Bundesländer spiegelt nicht mehr die realen Verhältnisse zwischen den Bundesländern wider. Wie der Solidaritätszuschlag soll auch diese Umlage zur Stärkung der kommunalen Finanzkraft vor Ort abgeschafft werden.

## Stabile Einnahmen der Kommunen aus reformierten Steuern

Die Freien Demokraten fordern eine grundlegende Reform des komplizierten Einnahmensystems der Gemeinden aus geringen Kommunalsteuern, Schlüsselzuweisungen des Landes, Gewerbesteuer, Anteilen an der Einkommensteuer und Umsatzsteuer mit dem Ziel der Vereinfachung und der Transparenz für Bürgerinnen und Bürger. Das örtliche Steuerfindungsrecht darf letztlich nicht zu einem Steuergestrüpp führen.

Die FDP setzt sich daher für die Umsetzung folgender Maßnahmen ein:

- Ersatz der Gewerbesteuer

Die stark schwankende Gewerbesteuer soll vollständig durch Erhöhung des Anteils an der stabilen Umsatzsteuer ersetzt werden. Mit Verteilung des Umsatzsteueranteils nach Anzahl und Lohnsumme örtlicher gewerblicher Arbeitsplätze werden gemeindliche Aufwendungen zur Ansiedlung gewerblicher Unternehmen ausgeglichen.

- Schaffung einer Kommunalsteuer  
Zur Stärkung der Finanzautonomie sollen Kommunen mit eigenem Hebesatz eine eigene Kommunalsteuer als Zuschlag auf Einkommen- und Körperschaftsteuer erhalten. Damit entscheiden die kommunalen Gremien nicht mehr nur über die kommunalen Ausgaben, sondern auch über die Höhe der konkreten Belastungen ihrer Bürger.
- Trennung zwischen Bundes- und Landessteuern  
Mittelfristig sollen die Gemeinschaftssteuern (Einkommen-, Lohn-, Umsatz-, Körperschafts- und Kapitalsteuer) abgeschafft und durch getrennte Bundes- und Landessteuern ersetzt werden. So wird Transparenz und Eigenverantwortlichkeit bezüglich steuerpolitischer Entscheidungen zwischen Bund und Ländern realisiert.
- Umlagen von Städten und Gemeinden an Verbandsgemeinden und Kreise  
Senkung auf festzulegende Höchstwerte (zum Teil betragen Umlagen über 90% der Einnahmen). Zur Sicherung eigener Gestaltungsfähigkeit soll ein Mitspracherecht bei der Umlagenfestlegung erfolgen.
- Kommunale Einnahmen aus Windkraftanlagen  
Diese Einnahmen sind vorrangig in Entschuldungsfonds zur Tilgung der Kassenkredite bzw. zur Schuldentilgung der an diesen Fonds beteiligten Kommunen einzusetzen.
- Aufkommensneutrale Reform der Grundsteuer  
Ziele sind die Verwaltungsvereinfachung und die vollständige Erhebungskompetenz bei den Kommunen.
- Abschaffung kommunaler Bagatellsteuern

## Synergiepotenziale aus öffentlichen und privaten Kooperationen fördern

Die Finanzausstattung kommunaler Haushalte hängt auch von ihren Kostenstrukturen ab. Die FDP setzt sich für verstärkte Zusammenarbeit kommunaler Leistungsträger sowie mit privaten Dritten ein. Ziel ist die Generierung von Synergien zur Verbesserung der Kosten- oder Einnahmestrukturen sowie die nachhaltige Verbesserung des öffentlichen Leistungsangebotes. Dies kann vor allem auch durch öffentlich-private Partnerschaften zur Realisierung kommunaler Leistungsangebote in Teilbereichen öffentlicher Aufgabenerledigung erfolgen. Dabei sind als wichtige Zukunftsbeiträge besonders junge Unternehmen einzubeziehen. Sie schaffen Arbeitsplätze und sind Motor für Dynamik in Wirtschaft und Gesellschaft. Die FDP steht für aktive kommunale Wirtschaftsförderung, die mit professioneller Anschubunterstützung junge Unternehmen fördert, damit sich diese auf ihr Kerngeschäft konzentrieren können. Dazu soll die landeseigene Investitions- und Strukturbank ihre Kernfunktion der Wirtschaftsförderung ausbauen. Dabei ist auf Einhaltung der Subsidiarität öffentlicher Aufgabenerfüllung zu achten.

Im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit auf allen Verwaltungsfeldern soll – nicht zuletzt im Kontext einer Kommunalreform – die vermehrte Bildung von Zweckverbänden zur Erledigung gemeinsamer Aufgaben (z.B. Feuerwehr, Bauhöfe, Schulen, Kindergärten, Tourismus) und die Bündelung allgemeiner Verwaltungsaufgaben (u.a. gemeinsames Finanz- und Personalwesen) vorangetrieben und

durch das Land unterstützt werden. Sinnvolle Synergien und Querfinanzierungsmöglichkeiten innerhalb der Gesamtorganisation „Kommune“ (Kernverwaltung plus Auslagerungen) sind zu nutzen. Das kommunale Beteiligungsportfolio ist auf Chancen und Risiken, vor allem auf den öffentlichen Zweck der Aufgabenerfüllung hin, zu überwachen.

Wirtschaftliche Betätigungen und Beteiligungen, die nicht zwingend öffentlichen Aufgaben dienen, sind aufzugeben. Öffentliche Leistungsträger sollen sich auf ihre Kernkompetenzen und -aufgaben konzentrieren. Im Zweifel gilt: Privat vor Staat. Daran sind alle wirtschaftlichen Betätigungen und Beteiligungen zu messen und auf ihre Notwendigkeit hin zu prüfen. Diese kommunalrechtlich bereits verankerten Prüfungen sind im Hinblick auf öffentlichen Zweck und Subsidiarität regelmäßig vorzunehmen und ggf. Konsequenzen der gewonnenen Erkenntnisse umzusetzen. Zur Gewährleistung der Generationengerechtigkeit sind Ausgaben- und Investitionsentscheidungen bezüglich ihrer Folgekosten im Hinblick auf den demografischen Wandel kritisch zu bewerten.

## Entwicklung des neuen kommunalen Finanzwesens

Das Haushaltsrechnungswesen muss modernisiert werden: Es muss sichtbar und verständlich werden, wie viele und wofür öffentliche Mittel ausgegeben werden, welche Folgekosten entstehen und ob verborgene Risiken bestehen. Der kommunale Jahresabschluss soll die tatsächliche finanzielle Situation und Leistungsfähigkeit transparent vermitteln. Die Schaffung transparenter Haushaltspläne erfordert zusammenfassende Übersichten mit belastbaren Kennzahlen zur effizienten, zielorientierten Steuerung kommunaler Haushalte. Das 2009 für Kommunen eingeführte „Neue Kommunale Finanzwesen“ ist auf Leistungsfähigkeit und praktischen Nutzen zu evaluieren und gegebenenfalls anzupassen. Zu prüfen ist, ob erhöhte Transparenz und bessere betriebswirtschaftliche Steuerungsmöglichkeiten realisiert wurden und ob Instrumentarien angewendet werden können, Belastungen und Kosten transparenter darzustellen.

## Anpassung des neuen kommunalen Finanzwesens

Haushalte sind so aufzustellen, dass sie in der Praxis als professionelles Steuerungsinstrument für Rat und Verwaltung, als transparente Informationsquelle für Bürger sowie als Rechenschaftsinstrument für die Kommunalaufsicht dienen können. Die Praxis zeigt, dass die neu geschaffene Sonderform der doppelten Rechnungslegung oft zu erhöhtem Abstimmungsbedarf bei nur rudimentär gestiegenen Steuerungsmöglichkeiten führt. Statt sinngemäßer Anwendung des Handelsgesetzbuches wurde eine Mischform aus privatwirtschaftlicher Doppik und öffentlicher Kameralistik geschaffen, die für Verantwortliche und externe Fachleute Neuland darstellt. Dieses Konstrukt wird den Reformzielen nur unzureichend gerecht. Erforderlich ist daher die Evaluation und Weiterentwicklung dieses Rechnungswesens mit klarem Fokus auf etablierte und erprobte Systeme des externen Rechnungswesens gemäß HGB, verbunden mit betriebswirtschaftlichen Instrumentarien interner Kosten- und Leistungsrechnung. So wird Transparenz erhöht, Zusammenarbeit mit externen Fachleuten verbessert und die Akquirierung qualifizierten Fachpersonals erleichtert.

## Durchgängige Schuldenbremse eröffnet Gestaltungsmöglichkeiten

Die kommunale Selbstverwaltung hat in Rheinland-Pfalz einen hohen Stellenwert, weil den Bürgern ihre unmittelbare Heimat wichtig und wertvoll ist. Falsche Anreizsysteme, zu hohe Konsumausgaben und Investitionen, die die eigene finanzielle Möglichkeit übersteigen, führen zwangsläufig zu hoher Dauerverschuldung. Diesen Teufelskreis gilt es zu beenden. Deshalb schlagen wir eine echte und ernst gemeinte kommunale Schuldenbremse für ALLE kommunalen Gebietskörperschaften vor.

## Dauerhafte Lösung für finanzielle Schieflage erfordert Nachhaltigkeitsprüfung

Investitionen gehören mehr denn je auf den Prüfstand: Wie nachhaltig sind sie im Sinne der Folgekosten? Welche Lebenszykluskosten entstehen voraussichtlich? Werden mögliche Risiken realistisch eingearbeitet? Welchen zusätzlichen Betreuungs-, Wartungs-, Erhaltungsaufwand generieren sie? Und sind sie nach objektiver Betrachtung wirklich wichtig und nötig? Wir fordern einen Finanznachhaltigkeitscheckup für alle Investitionen.

## Standards verbessern nicht verkomplizieren

Welchen Standards nutzen, welche schaden? Viele vermeintlich gut gemeinte Definitionen im Brandschutz geraten zu Schwarzen Löchern für den Kämmerer. Anstatt dies immer weiter zu forcieren, ist hier eine neue Denkweise nötig. Wir fordern eine Kosten-Nutzen-Analyse der bestehenden Standards durch eine unabhängige externe Instanz, um "es" wieder einfacher zu machen.

## Energie und Innovation

Die Freien Demokraten setzen sich für eine Energiepolitik auf kommunaler Ebene ein, die sich an folgenden Grundsätzen orientiert:

- Versorgungssicherheit
- Wirtschaftlichkeit
- Umweltschutz
- gesellschaftliche Akzeptanz

Wir wollen Energiepolitik marktgerecht und technikneutral gestalten, ohne Klimaziele in Frage zu stellen. Wir wollen einen technologieoffenen Energiemix. Auch für Speichertechnologien soll grundsätzlich Technologieoffenheit gelten. Als eine führende Industrienation verfügt Deutschland mit seinem Ingenieur-, Fertigungs- und Anlagenwissen über exzellente Voraussetzungen, künftige energiepolitische Aufgaben zu meistern. Aufgabe der Politik ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen sich die technisch und wirtschaftlich besten Lösungen am Markt durchsetzen. Die einseitige Subventionierung bestimmter Energieformen lehnen wir ab.

## Herausforderungen der Energiepolitik

Die aktuelle Energiepolitik stellt Verbraucher und Wirtschaft vor enorme Herausforderungen. Die Gegenwart ist gekennzeichnet von der stark schwankenden Erzeugung erneuerbarer Energien. Dies führt zur Notwendigkeit, ausreichend Grundlast- und teure Reservekapazitäten vorzuhalten. Auch modernste, hocheffiziente flexible Gaskraftwerke können unter diesen Voraussetzungen nicht wirtschaftlich betrieben werden.

Vor allem Verbraucher werden überproportional belastet. Wir müssen ein objektives Fazit des Erreichten ziehen und daraus entsprechende Zukunftsstrategien ableiten. Wir sind gegen planloses „Weiter so“ im Ausbau erneuerbarer Energien, solange Speicher- und Netzausbau nicht sichergestellt sind. Ohne Speicher keine Genehmigung.

## Erneuerbare Energien

Die verschiedenen Sektoren des Energiebedarfs (Elektrizität, Wärmebedarf, Verkehr) sind, insbesondere im Hinblick auf erneuerbare Energien, übergreifend zu betrachten. Marktwirtschaftliche Mechanismen dürfen nicht durch unnötige Auflagen außer Kraft gesetzt werden. Erneuerbare Energien sollen in Zukunft möglichst dort gewonnen werden, wo sie verbraucht werden und sind dazu von Umlagen zu befreien. Dezentral produzierter Strom soll erzeugungsnah ohne Mengenbeschränkung und ohne Netzentgelte, Stromsteuer und EEG-Umlage genutzt werden können.

## Verwertung der Einnahmen aus regenerativen Energien

Die Einnahmen aus dem Betrieb großflächiger regenerativer Stromerzeugungsanlagen (Windkraft und Photovoltaik) sollen zwischen den Gemeinden der Region gerecht verteilt werden. Die Einnahmen sollen dazu in kommunale Fonds fließen, um damit z.B. die Entschuldung der Kommunen zu finanzieren. Damit wird die Energiewende so gestaltet, dass sie wirtschaftlich sinnvoll ist und alle Kommunen der betreffenden Region davon profitieren.

## Energiepolitik in den Kommunen

Die Standortqualität der Kommunen muss gesichert bleiben und ihre Leistungsfähigkeit darf bei energetischen Maßnahmen nicht überfordert werden. Die Kommunen sind aufgefordert, bei eigenen Liegenschaften Vorbildfunktion zu übernehmen und wirtschaftlich sinnvolle energetische Modernisierung im Gebäudebestand vorzunehmen.

Die Steigerung regionaler Wertschöpfung durch technische Innovationen mittels Energieeinsparung, Effizienzsteigerung und Ausbau erneuerbarer Energien ist eine große Chance für ländliche Räume. Daraus resultieren auch große Chancen für lokale und regionale Energieversorgungskonzepte, die eine autonome Energieversorgung gewährleisten. Im Sinne des lokalen nachhaltigen Handelns muss es das Ziel sein, Projekte mit dem Anspruch der Treibhausgasminde rung einfacher realisieren zu können. Regionale Netzwerke mit all ihren Akteuren (Unternehmen, Kommunen, Bürger, Anrainer, Landwirte/Winzer) müssen dazu in die Umsetzung eingebunden werden.

Aufgrund der Vielzahl von Angeboten sowie der verschiedenen Technologien und Interessen (Energieversorger, Hersteller, Händler, Installateure, Architekten, Schornsteinfeger etc.) sollen Kommunen für die Bürger eine Beraterfunktion bei der Energie- und Förderberatung übernehmen. Der Berater organisiert und gewährleistet die unabhängige und technologieoffene Energieberatung durch sachverständige Experten.

## Energiewirtschaftliche Tätigkeit

Die Freien Demokraten lehnen Monopole und Oligopole in der Energiewirtschaft grundsätzlich ab. Die Umsetzung investiver Maßnahmen ist Aufgabe der Unternehmen und der Bürger. Für die FDP gilt der Grundsatz „Privat vor Staat“.

## Innovationen als Chance

Die beschleunigte Entwicklung von Wissen, Erkenntnis und Technologie in unserer digital vernetzten Weltgemeinschaft führt dazu, dass sich neue grundlegende Technologien immer schneller etablieren und unser wirtschaftliches und gesellschaftliches Leben substantiell verändern. Diese Veränderungen treten heute innerhalb der Lebensspanne eines Menschen mehrfach ein. Wir Freie Demokraten sehen dies als Chance für die Menschen. Hierzu bedarf es einer Bildungsoffensive, die Menschen lebenslanges Lernen ermöglicht und eines politischen Umfeldes, das Innovationen zulässt. z.B.:

- Mobiles Internet wird die Arbeitswelt und viele Geschäftsmodelle verändern.
- Künstliche Intelligenz wird in vielen Anwendungen zum Einsatz kommen.
- Autonomes Fahren wird Verkehr und Logistik entscheidend prägen.
- Energiespeicher werden die Energieversorgung dezentralisieren und Schwankungen regenerativer Energieträger ausgleichen.

Wir Freie Demokraten wollen die sich aus diesen Technologien ergebenden Möglichkeiten nutzen und das hierzu notwendige politische Umfeld schaffen. Kommunen und Bildungseinrichtungen sollen diesen Prozess bildungspolitisch unterstützend begleiten.

## Sachliche Folgenabschätzung neuer Technologien

Ein kompetenter Umgang mit neuen grundlegenden Technologien schließt auch eine sorgfältige Technikfolgenabschätzung, insbesondere künstliche Intelligenz betreffend, ein. Diese hat, auch unter dem Aspekt der Generationengerechtigkeit, konstruktiv und sachlich zu erfolgen und beinhaltet:

- Die Berücksichtigung aller kurz-, mittel- und langfristigen Gesamtkosten und Gesamtauswirkungen einer Technologie auf den Menschen und die Umwelt.
- Die Unterstützung der betroffenen Menschen in diesem technologischen Veränderungsprozess durch weitest gehende Transparenz und Aufklärung.

## **EIN UNKOMPLIZIERTER STAAT**

### **Effektives und bürgerfreundliches Verwaltungshandeln**

Die FDP unterstützt, dass Kommunen, Länder und der Bund zur Erfüllung ihrer Aufgaben stärker zusammenarbeiten können. Interkommunale Zusammenarbeit und Aufgabenteilung sind der Schlüssel für kompetentes und kostengünstiges kommunales Verwaltungshandeln.

Die elektronische Verwaltung (E-Government) ist dabei von zentraler Bedeutung. Der einfache, sichere und rechtsverbindliche Zugang der Bürgerinnen und Bürger zu unseren kommunalen Verwaltungen nach dem Vorbild des E-Government-Gesetzes des Bundes ist dabei unser Ziel. Gleichzeitig wollen wir – wo möglich – bürokratische Hürden senken und so die Einsatzmöglichkeiten für E-Government-Anwendungen einfacher gestalten und den Bürgern unnötige Bürokratie ersparen.

Verwaltungsbehörden haben sich, neben der Umsetzung gesetzlicher Vorschriften, als Dienstleister für den Bürger in Abwägung des Einzelwohls mit dem Gemeinwohl zu verstehen.

Um diese Zielsetzung umzusetzen, werden mittels vorhandener Software- und Serviceplattformen systematische Möglichkeiten zur Sammlung von Feedback zu Effizienz, Sinnhaftigkeit und Ergebnissen von Verwaltungshandeln eingeführt. Rationalisierung durch E-Government soll zu einer Straffung der Verwaltung und einer Konzentration auf höherwertige Verwaltungsarbeit führen und Kapazitäten zur Entbürokratisierung im Zusammenspiel mit einem – zu schaffenden – Wirtschaft- und Bürgerrat freimachen, der die Verwaltungen bezüglich der Verbesserung des Service für Bürger und Unternehmen berät.

### **Mehr Informationen für Bürger und Ratsmitglieder**

Die Kommunen müssen im digitalen Zeitalter ankommen. Informationen, die früher in Amtsblättern, Zeitungen oder an Rathaustafeln veröffentlicht wurden, sollen mobil und im Internet zugänglich sein. Zudem sollten Ratssitzungen unter Wahrung der Persönlichkeitsrechte der Beteiligten auch im Internet verfolgbare sein. Die Nutzung der neuen Medien zur formellen und informellen Bürgerbeteiligung wollen wir gesetzlich verankern.

Für die gute Arbeit der Ratsmitglieder ist eine umfassende und frühzeitige Information über Entwicklungen, Sachstand und rechtliche Rahmenbedingungen zentral. So müssen Anträge, über die entschieden werden soll, so frühzeitig (mind. 1 Woche vorher) den Mitgliedern zugehen, dass eine sachgerechte Beschäftigung gewährleistet ist. Die FDP setzt sich daher für die flächendeckende Einrichtung von Ratsinformationssystemen ein.

### **Digitale Kommune**

Digital vernetzte Dörfer und Städte steigern das Potenzial, welches das Leben in der Kommune bietet, erheblich. Einschränkungen und Hindernisse, die unseren Alltag beeinflussen, können durch smarte, softwarebasierte Lösungen ausgeräumt werden. So kann jeder Mensch die Rahmenbedingungen vor Ort optimal nutzen und von diesen partizipieren.

Wir Freie Demokraten fordern daher ein flächendeckendes Umdenken der kommunalen Entscheidungsträger, welches die Konzeptionierung von innovativen, vernetzten Zukunftsmodellen zur Folge hat. Die Grundvoraussetzung dafür ist die umgehende Anbindung jedes Haushalts an hochleistungsfähiges Internet.

## **Konsequente Weiterentwicklung elektronischer Verwaltung**

Im Sinne schlanker, bürgerfreundlicher Verwaltungen sollen Behördengänge zukünftig auch online erledigt werden können. Dies ist eine Chance zu Verwaltungsmodernisierung, Bürokratieabbau und Reduzierung von Verwaltungskosten. E-Government führt zu mehr Transparenz und aktiverer Teilnahme an kommunalen Entscheidungsprozessen und verstärkt das Bürgerinteresse am kommunalen Leben.

## **Behördengänge digitalisieren und in allen Kommunen etablieren**

Wir Freie Demokraten wollen, dass alle kommunalen Behördenangelegenheiten, die rechtlich keine persönliche Anwesenheit erfordern, online beantragt und bearbeitet werden können. Hierzu zählen vor allem Dienstleistungen wie Melde- und Bauangelegenheiten, Entsorgungsangelegenheiten, Kfz-Angelegenheiten etc. Durch die Inanspruchnahme digitaler Behördendienste, haben die Bürgerinnen und Bürger rund um die Uhr die Möglichkeit, Behördengänge online zu erledigen und sind nicht auf die Öffnungszeiten der Behörden angewiesen. Die Digitalisierung von Verwaltungsvorgängen eröffnet für betroffene Kommunen zudem die Möglichkeit, knappen personellen Ressourcen positiv entgegenzuwirken. Zahlreiche Kommunen und Kreise bieten bereits Online-Dienstleistungen an. Viele Bürger sind sich der Möglichkeit, Behördenangelegenheiten elektronisch erledigen zu können, noch nicht bewusst. Die zu schaffenden Angebote sollen in den Portalen des Landes und des Bundes gelistet werden. Gemeinden und Kreise sollten durch interkommunale Vereinbarungen gemeinsame interoperable Systeme nutzen. Dies führt auch dazu, dass kleine oder finanzschwache Kommunen, die keine IT-Spezialisten haben, die Systeme von Nachbarkommunen für sich nutzen können.

Wir wollen die Nutzung neuer Technologien, wie beispielsweise Blockchain in öffentlichen Registern, wie dem Grundbuch, Katasteramt oder dem Handelsregister, einführen. Diese Register sind bereits jetzt digital zugänglich, werden dezentral geführt und müssen nachvollziehbar rechtssicher geführt werden. In Rheinland-Pfalz sollen in Pilotkommunen diese Technologien eingeführt werden. Wir Freie Demokraten fordern darüber hinaus, dass alle Gebietskörperschaften kostenfreie WLAN-Hotspots in ihren Gebäuden zur Verfügung stellen.

## **Mehr direkte Bürgerbeteiligung**

Die FDP will die lebendige Bürgergesellschaft stärken und den Gegensatz zwischen parlamentarischem Repräsentativsystem und direkter Demokratie auflösen. Deshalb fordern wir mehr direkte Bürgerbeteiligung zur Herstellung von mehr Transparenz und Akzeptanz, um dadurch das Planungsverfahren zu beschleunigen.

Wir fordern die „ex-post“ Analyse von Planungs- und Umsetzungsverfahren auf die Schwachstellen zu untersuchen.

Die Unterstützer von Einwohneranträgen, Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden sollen sich nicht nur durch klassische Unterschriftensammlung in Unterschriftenlisten eintragen können, sondern die Verwaltung soll vorhandene Internetplattformen nutzen, auf der sich Unterstützer nach Registrierung eintragen können.

## **Bürgernahe Justiz**

Eine bürgernahe, bürgerfreundliche und effektive Justiz ist die Basis unseres Rechtsstaates. Jeder muss in der Lage sein, orts- und zeitnah und damit kostengünstig eine Entscheidung über seine rechtlichen Fragen zu erhalten. Das gilt insbesondere für die Leistungen der Amtsgerichte, etwa Erb-, Register- oder Vereinsangelegenheiten sowie – mit Blick auf die zunehmende Zahl von älteren Menschen – die hohe Zahl von Betreuungsverfahren. In manchen Angelegenheiten ist eine weitere Spezialisierung zu prüfen.

Zur Eindämmung von Jugendkriminalität sollen in allen Ballungsgebieten Häuser des Jugendrechts eingerichtet werden.

## **Freigabe öffentlicher Daten**

Wir Freie Demokraten fordern die Freigabe von öffentlichen Daten, die von kommunalen Stellen erhoben, verarbeitet und gespeichert werden. Die kommunalen Gebietskörperschaften verfügen über eine große Anzahl vielfältiger Datensätze mit wertvollen Informationen aus ihrem jeweiligen Gebiet. Zu nennen sind etwa exakte Standortdaten von Bushaltestellen, Sportstätten, Wertstoffsammelstellen sowie Informationen über Wasser- und Abwasserversorgung, Stromversorgung und vieles mehr. Damit kreative Köpfe daraus einen Mehrwert generieren können, sollen diese nützlichen Daten maschinenlesbar verfügbar gemacht werden, sofern es sich dabei nicht um personenbezogene Daten oder kritische Infrastrukturdaten handelt.

## **Weniger regulieren**

Neben vereinfachten Baugenehmigungsverfahren fordern wir auch, dass die Politik sich bei Wohnungsbauprojekten bei der Forderung nach zwingend zu berücksichtigenden starren Quoten von sozial verträglichen Wohnungen zurückhält. Denn je höher der Anteil an Wohnungen zu sozial verträglichen Mieten, desto mehr Wohnungen wird der Bauträger im Hochpreissegment zur Kompensation errichten müssen. Dies wiederum führt zu einer unverhältnismäßigen Verknappung des Wohnungsangebots für die Bezieher mittlerer Haushaltseinkommen.

Auf allen Ebenen müssen Vorgaben und Vorschriften überprüft werden, die die Baukosten und damit die Mieten kontinuierlich in die Höhe treiben. Offenheit gegenüber der Technik soll Innovationen unterstützen, keine Festsetzungen vornehmen und stets die primärenergetische Betrachtung insgesamt in den Fokus stellen.

## Verschlinkung der Verwaltung

Behördengänge sollten digital zu absolvieren sein. Deren Anlässe sind vielfältig und gleichermaßen groß ist die Vielfalt der Behörden und Ämter. Hier lassen sich mit der Online-Verfügbarkeit von Formularen und Anträgen sowie der Online-Terminvergabe Wege sparen, die letztendlich neben der Zeiterparnis auch die Verkehrssituation und damit die Umwelt entlasten. Darüber hinaus sollte es nicht nur möglich sein, Dokumente von der Behörde zu erhalten, sondern auch auf diesem Wege auszufüllen und einzureichen. Im Sinne einer schnellen Abwicklung sollten hier auch einfache Kopien der einzureichenden Dokumente, wie Fotografien oder Scans möglich sein, soweit diese nachträglich authentifiziert werden. Dazu notwendig ist ein sicheres Authentifizierungsverfahren, das Missbrauch und Dokumentenfälschung entgegenwirkt. Dokumente, die bei einer Behörde einzuholen und bei einer anderen einzureichen sind, wie beispielsweise Geburtsurkunden, sollten in einem standardisierten Verfahren für den Bürger online einzuholen und auch weiterzureichen sein.

Die behördliche Verwaltung ist kein Selbstzweck, sondern muss sich als Dienstleister für den Bürger verstehen und den Service entsprechend durch eine bürgerfreundliche Erreichbarkeit gewährleisten. Dazu zählt jedoch auch, die Daten der Bürgerinnen und Bürger als deren Eigentum anzusehen und nicht ungefragt auszutauschen.

## Mobilität und Nahversorgung

Durch anwendungsfreundliche Informations- und Kommunikationstechnologien werden die individuelle Mobilität und der Zugang zur Nahversorgung verbessert. So fordern wir Freie Demokraten die Planung und Umsetzung lokaler Apps, durch welche sich beispielsweise Mitfahrgelegenheiten oder ein Überblick über die Angebote der regionalen Einzelhändler organisieren lassen.

## Impressum

Herausgeber:

**FDP Landesverband Rheinland-Pfalz**

✉ Schillerstraße 11a, 55116 Mainz

☎ 06131 232541 | 📧 rlp@fdp.de